

SEIT
1946

5/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Das neue Parteiprogramm –
ein Fortschritt**

Julia Herr

**Unbequem für die extreme
Rechte sein**

K. Glösel & H. Lichtenberger

Vor Sonnenuntergang?

Wolfgang Edelmüller

**Corbynismus auf dem
Buchmarkt**

Armin Puller

**100
BESTE
PLAKATE
2017**

MAK WIEN

HAI

EDITORIAL

Die Regierung plant die überfallsartige Einführung der 60-Stunden-Woche und des 12-Stunden-Tags. Wie explosiv dieses Thema ist, muss der Regierung klar sein: Warum sonst versucht sie, das Thema im Fahrwasser der Fußball-WM, ohne ordentliche Begutachtung im Eilverfahren durch den Nationalrat zu peitschen? Kommt sie mit diesem Anschlag auf die Geldbörsen, die Freizeit und die Würde der ArbeitnehmerInnen ohne größere Probleme durch, wird sie im Herbst mit der Zerschlagung der Sozialversicherung, der Arbeiterkammern und der Notstandshilfe weitgehend unbehelligt nachlegen.

Dass die Lage ernst ist, erkennt man auch daran, dass die Regierung gerne über alles spricht, nur nicht über dieses Geschenk an die Geldgeber von Kurz und Strache. Polizeipferde, Moscheenschließungen, ein Flüchtlingsschiff im Mittelmeer und der bayrische Landtagswahlkampf stehen plötzlich ganz oben auf der innenpolitischen Agenda Österreichs. Bedauerlich, dass das Sprichwort, demzufolge man aus Schaden klug werde, in Teilen der SPÖ keine Entsprechung findet: Statt diese menschenfeindlichen Ablenkungsmanöver von der 60-Stunden-Woche als solche zu enttarnen, kippen manche wieder in die Diskussion und wiederholen den Fehler des Wahlkampfs 2017. Statt ÖVP und FPÖ sozialpolitisch zu stellen, lässt man sich wieder auf Debatten über Lager in Nordafrika und Grenzschießungen ein. Das Modell Kurz hat europaweit Schule gemacht: Ehemals konservative Parteien meinen, ihre Macht nur noch aufrecht erhalten zu können, indem sie irrationale rechte Hass- und Hetz-Politik, von Brexit bis Aquarius, übernehmen.

Die Pläne für 60-Stunden-Woche und den weiteren Sozialabbau sind für hunderttausende ÖsterreicherInnen eine massive Bedrohung. Politisch bieten sie für die SPÖ die Chance, endlich wieder jene Themen zum Thema zu machen, die Menschen wirklich bewegen, deren Vertrauen zur SPÖ erschüttert oder verloren gegangen sind. Hören wir auf, »rechte Flanken zu schließen«, die nicht schließbar sind. Und konzentrieren wir uns auf die Kämpfe, die wirklich über das Leben unserer potenziellen WählerInnen entscheiden! Die nächsten Ausgaben der ZUKUNFT werden jedenfalls diesen Themen gewidmet sein.

Am Beginn unserer Ausgabe steht ein Beitrag von **Julia Herr**, die die überarbeitete Fassung des **Programmwerfs** näher angesehen und einer Würdigung unterzogen hat.

Die **Gefahr von Rechts** ist seit vielen Jahren Forschungsgegenstand der Politikwissenschaftlerinnen **Hanna Lichtenberger** und **Kathrin Glösel**. Anlässlich der Veröffentlichung ihres Buchs über **Handlungsräume und Strategien gegen die extreme Rechte**, hat die ZUKUNFT mit den Autorinnen ein **Gespräch** geführt.

Wolfgang Edelmüller analysiert in seinem Beitrag, wie sich der **Konjunkturverlauf** auf die **politische Situation der Regierung** auswirken könnte und sieht dabei durchaus Ansatzpunkte für die Opposition, Punkte zu machen.

Ludwig Dvořák stellt ein Jahr nach den britischen Unterhauswahlen und neun Monate vor dem Brexit **aktuelle Entwicklungen der britischen Politik** dar.

Armin Puller hat als Vorbereitung für die politische Sommerlektüre die auf dem **Buchmarkt** befindlichen Publikationen zum **Phänomen Corbyn** gesichtet und übersichtlich zusammengefasst.

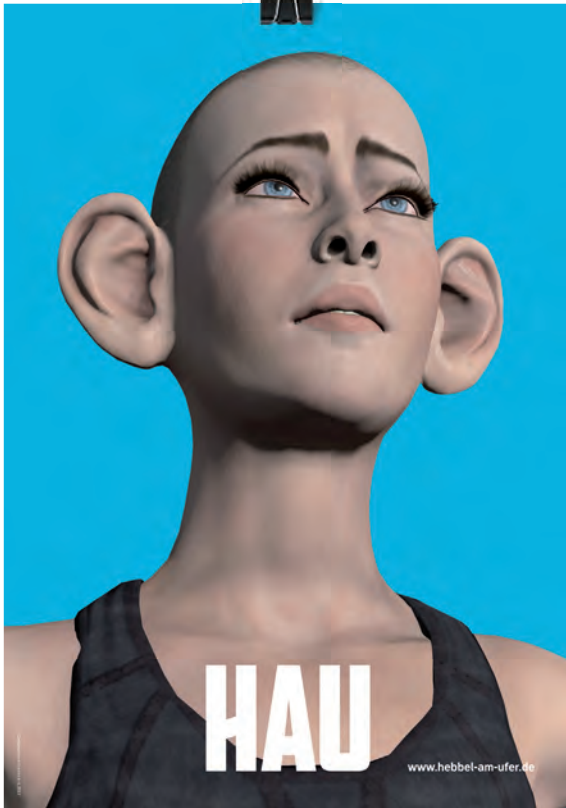
Die **Buchtipps** erweitern das Spektrum geeigneter Literatur für den Sommer.

Bei dieser Ausgabe ist es bedauerlicherweise zu gravierenden Verzögerungen gekommen, für die wir unsere Leserinnen und Leser um Entschuldigung bitten. Über den Sommer werden wir den zeitlichen Rückstand wieder einholen, und im September die »planmäßigen Intervalle« wieder herstellen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Atelier: newfronteers und HAU Hebbel am Ufer, Grafik: Alex Large, Liane Sommers und Jürgen Fehrmann (Gestaltung), Keep It Real, Plakat Avatar, aus einer Serie von fünf Plakaten, Auftraggeber: HAU Hebbel am Ufer, Druck: Medialis Offsetdruck GmbH, Drucktechnik: Offsetdruck, Deutschland, © Alex Large, Liane Sommers, Jürgen Fehrmann/100 Beste Plakate e.V.

6 Das neue Parteiprogramm – ein Fortschritt

VON JULIA HERR

12 Unbequem für die extreme Rechte sein

INTERVIEW MIT KATHRIN GLÖSEL
UND HANNA LICHTENBERGER

18 Vor Sonnenuntergang?

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

Schwerpunkt: Ein Jahr nach Corbys Wahlerfolg

24 Wem die Brexit-Stunde schlägt

VON LUDWIG DVORÁK

32 Corbynismus auf dem Buchmarkt

VON ARMIN PULLER

40 Buchtipps

Sachliches und Belletristisches

Das neue Parteiprogramm – ein Fortschritt

Nach einer kurzen, intensiven Diskussionsphase stimmen die SPÖ-Mitglieder bis Ende Juni über das neue Parteiprogramm ab. Julia Herr sieht den überarbeiteten Programmentwurf trotz mancher Schwächen als Fortschritt gegenüber dem Parteiprogramm von 1998 und argumentiert, was auf Grundlage des neuen Programms die nächsten politischen Schritte sein sollten.

Parteiprogramme sind immer auch Kinder ihrer Zeit. So ist das noch aktuelle Parteiprogramm aus dem Jahr 1998 deutlich durch die Brille der 1990er-Jahre zu lesen. Tony Blairs Dritter Weg, beziehungsweise die österreichische Umsetzung durch Klima, sind im Programm verankert. Es liest sich wie eine Zusammenfassung der Politik der 1990er-Jahre, nicht wie eine Vision oder gar eine Handlungsanleitung für die Zukunft. Die Qualität des Parteiprogramms von 1978 erkennt man hingegen daran, dass viele Analysen bis heute zutreffend, viele Antworten auch heute noch inspirierend erscheinen.

Das nun vorgelegte Parteiprogramm bewegt sich zwischen diesen Polen. Es überwindet den Irrweg des Dritten Wegs, spricht zahlreiche Missstände treffend an und bietet sozialdemokratische Orientierungspunkte für die unmittelbare Zukunft. Gleichzeitig erreicht es nicht die analytische Schärfe, die programmatische Klarheit und die notwendige Konkretheit des Programms von 1978. Das neu vorgelegte Parteiprogramm stellt im Vergleich mit dem aktuellen Parteiprogramm aus dem Jahre 1998 dennoch einen deutlichen Fortschritt dar.

DIE SCHWÄCHEN DES PROGRAMMS VON 1998

Mit dem jetzigen Parteiprogramm von 1998 wurde der Anspruch, den Kapitalismus zu überwinden praktisch aufgegeben. Die Existenz und die Funktionsweise von Märkten hingegen als besonders positiv bewertet:

»Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.«

Die in den 1990er-Jahren auch von der Sozialdemokratie zunehmend unhinterfragte neoliberale Logik, dass es durch den Wettbewerb am Markt zu allgemeinen Wohlstandsgewinnen kommen würde, hat maßgeblich zur großen Wirtschaftskrise und zu wachsender Ungleichverteilung beigetragen. Damit einher ging die Verschiebung der politischen Landschaft nach rechts. Genau 20 Jahre später wissen wir, dass die Unterwerfung der Sozialdemokratie unter die Marktlogik die Entfremdung unserer Partei von ihren bisherigen Kernschichten entscheidend vorangetrieben und die Handlungsfähigkeit der Politik massiv in Frage gestellt hat.

Statt die wirtschaftliche Rolle der öffentlichen Hand als Voraussetzung jedes Wirtschaftens zu betonen, reduzierte die SPÖ die Rolle des Staates auf eine Art Schiedsrichterin der Märkte:

»Wir treten daher für offene Märkte und gegen bestehende und neue Monopole mit ihren Nachteilen und Kosten ein. Ein modernes Wirtschafts- und Kartellrecht hat daher die Aufgabe, das Funktionieren des Markts zu gewährleisten. Wo die Bedürfnisse der Menschen durch den Markt nicht sozial gerecht befriedigt werden können, treten wir für die Regulierung der Marktkräfte beziehungsweise für die Erbringung oder Bereitstellung von Leistungen durch die öffentliche Hand ein.«

Diese Passage schränkt den eigenen politischen Spielraum stark ein und sieht wirtschaftspolitische Entscheidungen entkoppelt von demokratischer Legitimation durch gewählte PolitikerInnen. Zurecht hat Josef Falkinger dazu angemerkt, dass diese Passage eine Umwertung sozialdemokratischer Werte darstellt: Alle bisherigen Programme der Sozialdemokratie sahen in der Bildung von Monopolen eine dem Kapita-

lismus immanente Tendenz, auf die mit Vergesellschaftung zu reagieren wäre. SozialistInnen der Nachkriegszeit haben in Anlehnung an den österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter immer die Meinung vertreten, dass der geregelte Markt seine Berechtigung habe, solange Konkurrenz funktioniere. Tue er das nicht mehr, müsste die Frage der wirtschaftlichen Kontrolle neu gestellt werden.

Folgerichtig ordnete das Programm de facto die Wirtschaftspolitik dem Wettbewerbsgedanken unter:

»Steigende Lebensqualität, soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung beruhen auf einer leistungsfähigen Volkswirtschaft. Daher besteht ein gemeinsames Interesse aller an der Leistungskraft und internationalen Wettbewerbsstärke der österreichischen Wirtschaft.«

DIE STÄRKEN DES NEUEN PARTEIPROGRAMMS

Das neue Parteiprogramm spricht vor allem im Analysekapitel an, was sehr viele schon lange so empfinden: Dass die Politik der 90er- und 2000er-Jahre, die mit Auslagerungen, Privatisierungen und einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen nach oben verbunden war, ein Irrweg gewesen ist. Die »Entfesselung« der Wirtschaft führte nicht wie prognostiziert zum Anstieg von Wohlstand, sondern zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren.

Das neue Programm beschreibt diese wirtschaftspolitische Entwicklung sehr treffend:

»In den letzten 40 Jahren hat sich das Wirtschaftssystem gewandelt. Eine Konzentration von Einkommen, Vermögen und Macht ging einher mit Privatisierung und Deregulierung von Dienstleistungs-, Güter- und Finanzmärkten, mit der Ausweitung der Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte, der Schwächung von Gewerkschaften und der Entdemokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte wachsen.«

Das neue Parteiprogramm bricht auch mit der Logik, dass sich Wirtschaft und Politik dem Wettbewerbsgedanken unterzuordnen hätte und deutet auch die Alternativen an:

»Wir wollen zeigen, dass es eine Alternative zu einer Wirtschaftsordnung gibt, die alles der Wettbewerbsfähigkeit unterordnet. Heute erfordert die Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine neue Verteilung von Reichtum und Macht und ein neues Selbstverständnis unseres demokratischen Gemeinwesens. Die unbestritte-

ne Rolle von Staaten für die Bereitstellung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Grundlagen für unternehmerische Erfolge muss sich auch in der Beteiligung der Gemeinschaft an diesen Erfolgen widerspiegeln.«

Die öffentliche Beteiligung an strategisch wichtigen Bereichen der Wirtschaft löst folgerichtig die Reduktion des Staates als reinen »Garanten« funktionierender Märkte ab. Die Frage der Beteiligung aller an den ökonomischen Potenzialen der Digitalisierung geht mit der Frage der Neuverteilung wirtschaftlicher Macht, aber auch neuer Finanzierungsinstrumente (Wertschöpfungsabgabe) unmittelbar einher.

Diese Passagen sind eine längst überfällige Kampfansage an die »marktkonforme Demokratie« nach neoliberaler Muster. Sie zeigen auf, dass der Erhalt und Ausbau politischer Demokratie die Neuverteilung wirtschaftlicher und politischer Macht zur Voraussetzung macht. Die Sozialdemokratie wird in ihrem Selbstverständnis von der Moderatorin neoliberaler Umbauprozesse wieder zur Gestalterin wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse.

Deshalb stellt das neue Programm auch den gegenwärtigen Kapitalismus wieder in Frage, statt ihn zum Maßstab sozialdemokratischer Programmatik zu machen:

»Das neue Parteiprogramm steht für einen klaren Kurs. Wir lehnen ein Wirtschaftssystem ab, das nicht den Menschen und sein Wohlbefinden in den Mittelpunkt stellt, sondern das ausschließliche Streben nach Profit. Entgrenzte kapitalistische Systeme, die die Interessen der Menschen ignorieren, müssen überwunden werden, mit dem Ziel ein soziales, inklusives und ökologisches Wirtschaftssystem der Zukunft zu schaffen.«

DIE SCHWÄCHEN DES NEUEN PROGRAMMS

Bei allen Verbesserungen des neuen Programms im Kontrast zum derzeit geltenden Parteiprogramm, gäbe es gleichwohl noch Luft nach oben. So treffend das Analysekapitel aktuelle Missstände beschreibt und die notwendigen Änderungen andeutet, so vielfach unkonkret bleibt das Programm dann an der Stelle, an der es konkret werden sollte. Ein Parteiprogramm soll Orientierung bieten: Welche Probleme gibt es? Wo wollen wir hin? Was werden wir konkret tun, um unser Ziel zu erreichen? Das neue Parteiprogramm benennt ziemlich klar die Probleme. Es deutet schon weniger klar an, wohin wir wollen. Und es spricht zahlreiche nützliche und sinnvolle Politikfelder an, ohne in allen Bereichen klar zu machen,

wo eigentlich die Verbindung zwischen der einzelnen Politik und der großen Vision liegt.

Das ist bedauerlich und dieses Bedauern ist keinesfalls jugendlichem Radikalismus geschuldet. Das Programm sollte klarer ansprechen was ist: Die Überwindung »entgrenzter kapitalistischer Systeme« läuft in Zeiten, in denen die Marktlogik in die privatesten Winkel persönlicher Existenz reicht, auf die Überwindung des Kapitalismus hinaus. Es wäre ein Beitrag zur Klarheit, das auch so anzusprechen.

Wirtschaftskrisen werden auf die falsche Verteilung von Reichtum in der Gesellschaft zurückgeführt. Das stimmt zweifelsohne, und trotzdem gehört ergänzt, dass Wirtschaftskrisen zwangsläufig Teil eines kapitalistischen Systems sind.

Ähnliches gilt für die Frage öffentlichen Eigentums an strategisch wichtigen Bereichen. Wäre ein Parteiprogramm und der Diskussionsprozess nicht der passende Rahmen, um anzusprechen welche Wirtschaftssektoren im 21. Jahrhundert unter öffentlicher Kontrolle stehen müssen? Wie die Beteiligung an den wirtschaftlichen Erfolgen konkret aussehen wird? Wie genau die Neuverteilung von Macht und Einfluss, ein neues Selbstverständnis demokratischer Gemeinwesen Gestalt annimmt?

WAS NUN TUN, MIT DIESEM PROGRAMM?

Die 65 Programm-Seiten würden auch nach der Überarbeitung, in deren Zuge einige Verbesserungen erfolgt sind, eine Verdichtung und Zuspitzung weiterhin gut vertragen. Nach jahrelangem Aufschieben sollte der Programmprozess nun aber offenbar endlich zu einem Ende gebracht werden. Doch dieses Ende kann nur ein vorläufiges sein.

Die wirkliche Herausforderung besteht nämlich nun darin, die durchaus vorhandenen positiven programmatischen Ansätze mit praktischem Leben zu erfüllen und aus der Praxis heraus die programmatischen Unschärfen so zuzuspitzen, wie wir sie in den harten politischen Zeiten brauchen, um erfolgreich kämpfen zu können.

Wir brauchen sie mehr denn je: Die Neuverteilung wirtschaftlicher und politischer Macht. Die Überwindung des kapitalistischen Systems, das den Profit in den Mittelpunkt politischen und wirtschaftlichen Handelns setzt. Wir brauchen diese Politik nicht nur in gedruckten Programmen und in Sonntagsreden. Wir brauchen sie jeden Tag in der Praxis,

ob in der Gemeinde- oder in der Bundes- und Europapolitik. Dieser Programmprozess kann nur der Startschuss für eine kämpferische, grundsatzorientierte und Klartext sprechende Sozialdemokratie sein. Denn die Erfolge der extremen Rechten und das rechte Abdriften konservativer und liberaler Parteien spitzen die politische Situation mehr denn je auf eine Frage zu: Sozialismus oder Barbarei!

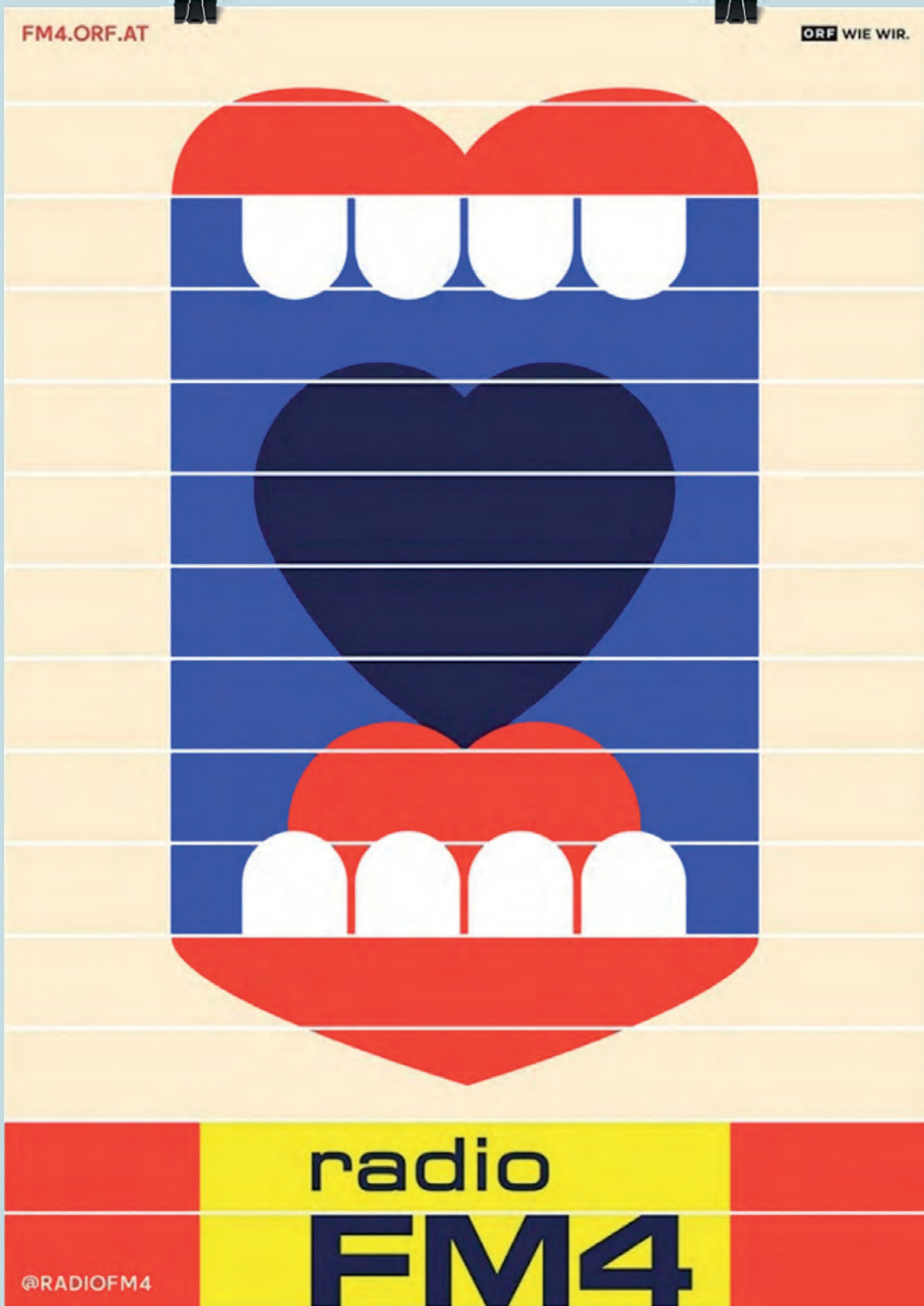


JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich.

100
BESTE
PLAKATE
2017

MAK WIEN



Atelier: LWZ zusammen mit Michael Wittmann (Text), FM4, Plakat Wo ist die Liebe hin, aus einer Serie von drei Plakaten, Auftraggeber: Radio FM4, Druck: Schreier & Braune GmbH, Drucktechnik: Offsetdruck, Österreich, © LWZ/100 Beste Plakate e.V.



100 BESTE PLAKATE 2017

MAK WIEN

Von humorvollen Werbebotschaften bis zu gesellschaftskritischen Statements bietet die MAK-Ausstellung zum Wettbewerb 100 BESTE PLAKATE 17. Deutschland Österreich Schweiz ab 27. Juni 2018 ein facettenreiches Spektrum an zeitgenössischem Plakatdesign. Die jährlich von einer internationalen Fachjury gekürten einhundert gleichberechtigten Gewinnerplakate reichen von studentischen Projekten bis zu Auftragsarbeiten etablierter GrafikdesignerInnen und Werbeagenturen. Im Jahr 2017 zeigt sich bei den Siegerprojekten ein starker Trend zu seriellen Plakatkombinationen und unkonventionellen grafischen Lösungsansätzen..

MAK – Österreichisches Museum
für angewandte Kunst / Gegenwartskunst
Stubenring 5, 1010 Wien
Bis 23. September 2018
Di 10:00–22:00 Uhr
Mi–So 10:00–18:00 Uhr
Mo geschlossen
www.mak.at



Grafik: Amadeus Waltenspühl, K.TV, Auftraggeber: Neubad, Druck: Multi Reflex AG, Drucktechnik: Digitaldruck, Schweiz, © Amadeus Waltenspühl/100 Beste Plakate e.V.

Unbequem für die extreme Rechte sein

Die extreme Rechte ist auf dem Vormarsch. Ihre Organisationen verfügen heute vielfach über Diskursmacht und sogar Regierungsmacht, ihre Ideen sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen. Kathrin Glösel und Hanna Lichtenberger haben kürzlich einen Band herausgegeben, der sich in neugieriger und kompetenter Weise mit Strategien gegen die extreme Rechte befasst. Die ZUKUNFT führte ein Interview.

ZUKUNFT: Euer Buch spricht davon, dass der gegenwärtige Rechtsruck eine europäische Dimension hat. Wie stellt sich diese dar?

Hanna Lichtenberger: Wir können in ganz Europa einen Rechtsrutsch oder zumindest eine Stärkung rechter, autoritärer und rechtsextremer AkteurInnen beobachten: Schweden, Dänemark, Polen, Ungarn, Frankreich, Schweiz – um nur einige Beispiele zu nennen. In Österreich und Deutschland sind rechtspopulistische Parteien und extrem rechte AktivistInnen besonders präsent: Die Alternative für Deutschland hat den Einzug in das deutsche Parlament geschafft – als drittstärkste Kraft. Die Freiheitliche Partei Österreichs ist drittstärkste Partei geblieben, stellt aber in Koalition mit der ÖVP den Vizekanzler sowie den Innen-, Außen- und Verteidigungsministerium. Im FPÖ-Klub sitzen mehr Burschenschaftler als Frauen. Die Liederbuch-Affären im Falter haben einmal mehr gezeigt, wie tief Antisemitismus in die Burschenschaften eingeschrieben ist. Über zwanzig rechtsextreme, hetzerische, rassistische oder antisemitische Vorfälle im Umfeld der FPÖ gab es seit Regierungsantritt. Zwei Elemente der Ursachen dieses Rechtsrutsches sind die demokratiepolitischen und ökonomischen Verschiebungen seit den 1970er und 1980er Jahren und die Zuspitzung der Krise des Neoliberalismus in den Jahren seit 2008.

ZUKUNFT: Und wie kam es zu dieser Entwicklung?

Kathrin Glösel: Seit den 1980er Jahren erleben wir Prozesse der Entdemokratisierung. Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen haben viel mehr Gewicht bekommen. Auch die mediale Inszenierung politischer AkteurInnen trägt hierzu bei. Soziale Sicherungssysteme wurden und werden abgebaut.

Das Vertrauen in Demokratie und herrschende Parteien hat abgenommen. Und Phänomene wie die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Antworten durch die Europäische Union haben Ungleichheiten und Unsicherheit, die Angst vor sozialem Abstieg noch verschärft. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, Organisationen und Bewegungen nutzen diese vorgefundene Situation. Sie greifen soziale Fragen auf; ihre Erzählungen und Antworten sind aber ethnisiert und eingefasst in ein autoritäres Gesellschaftsbild, das Hierarchien und Ungleichbehandlung will. Rechtsextreme Narrative und Begriffe wie die »Festung Europa« oder Forderungen nach sogenannter »Remigration« sind heute in der Mitte der Gesellschaft und im Mainstream der politischen Debatte angekommen. Debatten um Migration, Menschenrechte, Religion, Reichtum und soziale Fragen werden rassistisch und sozialdarwinistisch gerahmt. Das alles ist bitter. Nichtsdestotrotz sind wir überzeugt: Rechtsextreme sind keine Naturgewalten, die unaufhaltsam sind. Man kann sie aufhalten, wobei am Beginn einmal das Ziel steht, wachsam zu sein, ihre Ideologie und deren Folgen zu zeigen und schlussendlich, unbequem zu werden. Das alles mit geeinten Kräften. Und wie das geht, darüber haben wir mit vielen, vielen Menschen gesprochen.

ZUKUNFT: Euer Buch ist kein klassischer Sammelband, sondern vielmehr ein Gesprächsband mit Diskussionen rund um Strategien und Erfahrungen aus der Praxis. Wie seid ihr auf diese unübliche Form gekommen?

HL: In unserem Gesprächsband haben wir ExpertInnen, AktivistInnen, JournalistInnen, PädagogInnen, PolitikerInnen und engagierte Einzelpersonen aus sechs Feldern – Recherche über Rechtsextreme, Journalismus, Straßenaktivismus, Netz-

politik, Sozial- und Bildungsarbeit sowie Politik – zusammengebracht. Wir haben mit ihnen allen über Handlungsräume und Gegenstrategien diskutiert. Was wir selbst gut aus der Praxis kennen: Strategiediskussion beginnen oft von Neuem, man versucht, das Rad neu zu erfinden. Aber man bleibt oft in diesen Diskussionen nur unter sich. Doch viele andere stellen sich dieselben Fragen und probieren etwas aus. Doch man bezieht sich nicht aufeinander. Diskussionen laufen aneinander vorbei, weil die Übersetzungsleistung zwischen unterschiedlichen Begriffen und zwischen Gruppen fehlt. AkteurInnen kennen einander nicht, weil Räume des Austausches auf Augenhöhe zwischen verschiedenen Zugängen im Kampf gegen Rechts fehlen. Dabei drängt die Zeit.

KG: Wir haben uns für Gespräche entschieden, weil so Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar werden konnten. Anders als in einem Sammelband können die DiskussionsteilnehmerInnen sich aufeinander im Austausch der Argumente beziehen. Das schafft Nachvollziehbarkeit für jene, die noch keine ExpertInnen auf diesem Feld sind, aber etwas gegen Rechtsextremismus und Hetze tun wollen. Denn auch, wenn viele fassungslos sind angesichts eines scheinbaren Siegeszugs von rassistischer und rechtsextremer Agitation, so drängt sich doch vielen Menschen heute die Frage auf: Was tun? Hier will unser Debattenbuch ansetzen. Wir haben diskutiert: Was können wir im Alltag tun, um Rechtsextremismus zu stoppen – was können wir gemeinsam besser machen, um solidarische Alternativen sichtbar zu machen?

ZUKUNFT: *Eines der Felder, das ihr in eurem Buch diskutiert, ist das der Netzpolitik. Da stellt ihr euch und den ExpertInnen die Frage, wie Gegenöffentlichkeit im Netz hergestellt werden kann.*

HL: Genau. Ausgehend von der Frage, ob das Internet per se ein demokratischer Ort ist, weil jeder und jede seine und ihre Meinung frei posten kann, haben wir nach dem Potential des Internets im Kampf gegen Rechtsextremismus gefragt. Sowohl für politischen Aktivismus, als auch für politische Kommunikation greifen Parteien, Organisationen und Kollektive auf Owned Media und soziale Netzwerke zurück. Das Netz ist ein Terrain, auf dem politisch-ideologische Kämpfe ausgetragen werden. Jeden Tag. Die Fülle von Medien bedeutet aber auch, dass es viele Informationen gibt, die in die Irre führen oder Hass schüren können. Eine Studie des Massachusetts Institute of Technology hat gezeigt, dass sich Fake News sechs Mal schneller verbreiten als wahre Nachrichten.

ZUKUNFT: *Warum ist das so?*

HL: Falschmeldungen haben häufig Negatives zum Inhalt und das gewichten wir stärker und verbreiten es – als Warnung – weiter. Und Fake News sind oft überraschend vom Inhalt her. Auch das verbreiten wir als UserInnen gerne, weil wir zeigen wollen: Hey, hier ist etwas Neues.

ZUKUNFT: *Wie verhält sich die extreme Rechte angesichts dieser Rahmenbedingungen im Netz?*

KG: Simone Rafael, Redakteurin bei Belltower News und eine unserer Gesprächspartnerinnen, hat das sehr pointiert zusammengefasst: Rechtsextreme haben die sozialen Medien schneller als Propaganda- und Vernetzungselement begriffen und schneller professionell für Ansprache und Meinungsmache genutzt als alle anderen politischen Richtungen. Klar, es gibt Gegenerzählungen im Netz, es gibt AntifaschistInnen, die in sozialen Netzwerken mobil machen, die aufklären. Allerdings gibt es als einzelne Userin durchaus einiges zu beachten, wenn man online antifaschistisch agieren möchte.

ZUKUNFT: *Was zum Beispiel?*

HL: Bevor man in Youtube-Foren, Twitter-Threads, Foren in Online-Zeitungen oder in Facebook-Gruppen gegen rechtsextremen Content anschreiben möchte, sollte man sich zuvor gut über die Ziele und die eigenen Möglichkeiten klar werden. Agiert man stellvertretend für eine Organisation oder als Einzelperson? Geht es um das Einmischen in eine konkret stattfindende, thematisch begrenzte Debatte oder um das Erstellen und Verbreiten eigener Positionen und Erzählungen unabhängig von Tagespolitik? Sind Grundsatzfragen wie diese geklärt, sollten UserInnen noch die konkreten Ziele festlegen: Geht es darum, eine Behauptung zu widerlegen, die in großem Stil die Runde macht – eine weitere Lüge über Flüchtlinge, ein Bild, das gephotoshopped wurde oder ein Übersetzer und mehrfach geteilter Artikel, der eine dubiose Quelle hat? Und zuletzt: Wie und mit welchen Mitteln will ich als UserInn auftreten? Mit einem Organisations-Account? Mit meinem Klarnamen und persönlichem Account? Oder mit einem anonymen Zweitaccount? Diese Entscheidung ist zum Beispiel relevant, weil es hier um die persönliche Sicherheit geht. Wer im Netz politisch agiert, macht sich auch angreifbar.

KG: Unsere GesprächspartnerInnen waren sich zudem einig: Es hat keinen Sinn, das Duell mit KampfpösterInnen oder Ka-

derfiguren in Foren oder Threads zu suchen. Das verbraucht zu viel der eigenen Energie. Das Gegenüber wird man nicht überzeugen und Mitlesenden sehen sich einen Schlagabtausch an – während man dem Gegenüber die Position eines legitimen Diskussionspartners gibt und dessen Behauptungen die ganze Zeit widerlegen muss. Das kostet Zeit und Arbeit und der Output ist ungewiss. Insgesamt sollte man sich viel stärker auf Mitlesende konzentrieren und nützliche Argumente oder Links hinterlassen. Nicht zu sehr auf die lauten Kader hereinfließen, die ziehen alle Aufmerksamkeit auf sich. Lieber die Lesenden adressieren. Neun von zehn UserInnen nutzen Social Media passiv – und lesen eifrig. Auch, wenn wir sinnvollen Input haben.

HL: Die Wahl der Arena ist ebenfalls relevant: Rechte Accounts, Seiten und Facebook-Gruppen sind keine neutralen Diskussionsräume. Das Publikum ist ideologisch gefestigt, das Gegenüber quantitativ überlegen. Und: In diesen Echokammern verfügt man nicht über Glaubwürdigkeit. Wer Debatten bereichern und positiv beeinflussen möchte, muss nicht gleich in die Homebase der extremen Rechten vordringen. Stattdessen sollte man die eigenen Echokammern durchbrechen. Beispielsweise, indem man Benachrichtigungen von FreundInnen, mit denen man sonst wenig agiert, aktiviert. So werden Meinungen, die weniger abgebildet werden, sichtbar. Und man kann reagieren. Die Chancen, mit einer Person, die man kennt, vernünftig zu diskutieren, stehen besser als bei völlig unbekanntem UserInnen.

ZUKUNFT: *Ein anderes Feld, das ihr bearbeitet, ist Bildungs- und Sozialarbeit gegen Rechts. Worin liegen Grenzen und Potentiale der antifaschistischen Tätigkeiten auf diesem Feld?*

HL: Im Frühjahr 2017 hat das österreichische Sozialforschungsinstitut SORA gemeinsam mit dem Verein zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Zeitgeschichte eine Einstellungsstudie durchgeführt. Das Ergebnis: 43 Prozent der Befragten gaben an, sich »einen starken Mann« an der Spitze des Staates zu wünschen. Das Vertrauen in die Demokratie als System der Teilhabe sackte auf 78 Prozent Zustimmung. Angesichts dessen scheint Demokratieunterricht dringend notwendig. Doch wie soll der aussehen? Wie sollen SchülerInnen sich für Demokratie begeistern? Und: Bedeutet mehr politische Bildung weniger Rechtsextremismus? Ist Sozialarbeit der letzte Notanker, wenn es um Rechtsextreme geht? All das waren Fragen, die wir mit Bildungs- und Sozialarbeiterinnen unterschiedlicher Kontexte diskutiert haben. Was die ExpertInnen

sehr deutlich gemacht haben: Politische Bildung an Schulen krankt an mehreren Stellen. Die gängigen Schulformate sind nicht geeignet, um offenes, angstfreies Diskutieren über Einstellungen, Ängste, Vorurteile oder anderes auf Augenhöhe zu führen und Selbstreflexion zu ermöglichen. Zeitfenster von 50 oder 90 Minuten sind zu eng. Auch der Inhalt, der von den Lehrplänen vorgegeben wird, lässt zu wünschen übrig. Christian Weißgerber – er ist Kulturwissenschaftler und Aussteiger aus der Neonazi-Szene – hat das in Schulen vorherrschende Dozieren von Fakten kritisiert. Er sagt: Politische Bildungsarbeit muss Werte vermitteln, muss große Begriffe und Ideale wie Freiheit erklären und lebbar machen; das sind ja schwierige, komplexe Konzepte. Und sie muss kritisches Denken anregen und zulassen. Wissensvermittlung ohne Werte ist leer, Wertevermittlung ohne Wissen blind.

KG: Politisch Verantwortliche müssen mehr in Bildungs- und Sozialarbeit investieren. Externe TrainerInnen können – anders als LehrerInnen, die täglich als Autoritäten auftreten – gewohnte Muster und Hierarchien in Klassen aufbrechen. Dann können sie über Ängste, Vorstellungen von Gesellschaft, eigene Bedürfnisse und Möglichkeiten, selbst teilzuhaben diskutieren. Insgesamt sollte Faktenwissen in den Hintergrund geraten. Bei politischer Bildung und Demokratie-Erziehung sollen das Erleben und Emotionen in den Vordergrund treten. Gruppenübungen, fächerübergreifende Einheiten und Reflexionen sind Möglichkeiten, um Gefahren von Rechtsextremismus, gewaltvolle Ideologien sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Teilhabe erfahrbar zu machen.

ZUKUNFT: *Ihr habt auch mit PolitikerInnen diskutiert. Welche Erkenntnisse habt ihr daraus gewonnen?*

HL: Für viele scheint der direkte Weg, gegen Rechtsextremismus vorzugehen, der parlamentarische zu sein: Immerhin können Symbole, Handlungen und Absichten verboten werden. Dass der Kampf gegen rechtsextreme Parteien und Organisationen und die Versuche, sie einzudämmen, schwierig sind, hat das gescheiterte Unterfangen gezeigt, die NPD in Deutschland zu verbieten. Parteien wie die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland agieren anders. Und sie sind in regionalen Parlamenten, in Landesregierungen, im Bundestag wie auch im Nationalrat vertreten. Einigkeit hat unter unseren DiskussionspartnerInnen wohl in einem Punkt geherrscht: Wirksam gegen Rechts ist eine Politik, die soziale Infrastruktur schützt, soziale Absicherung ausbaut und demokratische Beteiligung ernst nimmt. Sie nimmt rechtspopu-

listischen und rechtsextremen Organisationen, Parteien und Bewegungen die Grundlage, soziale Fragen der Ideologie der extremen Rechten zu beantworten. Der Weg dorthin, der ist umstritten und so verwundert es auch nicht, dass es hier am meisten Differenzen zwischen den AkteurInnen gab – zwischen sozialdemokratischen, kommunistischen, grünen und trotzkistischen PolitikerInnen unterschiedlicher Ebenen und jenen, die in der Gedenkpolitik darauf angewiesen sind, dass die Politik Ressourcen und Räume zur Verfügung stellt.


KG: Nichtsdestotrotz, genau diese PolitikerInnen können etwas tun. Sie können ihre Öffentlichkeit nutzen, um Veranstaltungen der extremen Rechten zu thematisieren und breitenwirksam zu kritisieren, um über Übergriffe zu berichten und Wissen, das investigative JournalistInnen oder AktivistInnen recherchiert und veröffentlicht haben, auf politischer Ebene zu problematisieren. Wichtig ist auch, rechtsextreme Provokationen als solche zu benennen. Formale Mittel, die Abgeordneten verschiedener Ebenen zur Verfügung stehen, wie etwa parlamentarische Anfragen, Entschließungsanträge, Resolutionen und dergleichen, können helfen, Verstrickungen und personellen Netzwerke zwischen Parteien und der außerparlamentarischen extremen Rechten zu erheben.

HL: Eine wichtige Funktion von Abgeordneten oder ParteifunktionärInnen generell ist es außerdem, Ansprechpersonen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse zu sein. Zentral dabei ist, dass die wechselseitigen Erwartungen, die Rollen- und Arbeitsaufteilung im Vorfeld geklärt werden, damit es nicht zu Enttäuschungen kommt.

ZUKUNFT: *Angesichts der Erkenntnisse aus eurem Buch – was ist nun der beste Weg, um »unbeugsam« zu bleiben und »unbequem« für Rechtsextreme zu sein?*

KG: Es gibt leider kein Patentrezept, wie man jetzt unbequem für Rechte und Rechtsextreme sein kann. Aber es gibt viele gute Ideen, es gibt Erfahrungen, aus denen man lernen kann und Wissen, das genutzt werden kann.

HL: Aber was wir sagen können: Eine scharfe Analyse gesellschaftlicher Konflikte und eine ideologietheoretische Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Elementen rechtsextremer Ideologien sollten am Anfang antifaschistischer Strategien stehen. Ein klares Ziel und genau definierte AdressatInnen helfen, den Erfolg der Strategie später auch zu evaluieren. Unser Debattenbuch Unbeugsam und Unbequem ist ein Anstoß, wieder vermehrt Strategien gegen Rechtsext-

remismus zu diskutieren und zusammenzubringen. Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsruckes in den letzten Monaten ist das dringend nötig. 

KATHRIN GLÖSEL

ist Historikerin und Politikwissenschaftlerin, publizierte zur extremen Rechten in Österreich und ist Klubsekretärin im SPÖ-Parlamentsklub.

HANNA LICHTENBERGER

ist Politikwissenschaftlerin und Historikerin, lehrt an der Universität Wien und ist parlamentarische Mitarbeiterin der gedenkpolitischen Sprecherin der SPÖ.



Kathrin Glösel
und Hanna Lichtenberger
Unbeugsam & Unbequem
Debatten über
Handlungsräume
und Strategien gegen
die extreme Rechte
Unrast-Verlag, 296 Seiten
März 2018, 18,20 Euro

FM4.ORF.AT

ORF WIE WIR.

FÜR

MUSIK

radio

FM4

GEGEN

MUSIK

@RADIOFM4

100
BESTE
PLAKATE
2017

MAK WIEN



Atelier: LWZ zusammen mit Michael Wittmann (Text), FM4, Plakat Wo ist die Liebe hin, aus einer Serie von drei Plakaten, Auftraggeber: Radio FM4, Druck: Schreier & Braune GmbH, Drucktechnik: Offsetdruck, Österreich, © LWZ/100 Beste Plakate e.V.

Vor Sonnenuntergang?

Die Regierung profitiert ohne jeden Eigenbeitrag von einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die sie durch ihre gewerkschafts- und sozialstaatsfeindliche Politik nur gefährdet. Sobald die Konjunktur erlahmt, wird die rituelle Wiederholung migrationspolitischer Grauslichkeitsinszenierungen aber nicht ausreichen, wenn die Opposition gut gerüstet ist. Ein optimistischer Ausblick voll pessimistischer Erwartungen auf ein Sunset-Schicksal der Regierung Kurz/Strache von Wolfgang Edel Müller.

Kaum eine Regierung hat ihre Tätigkeit unter solch günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen aufgenommen, wie die seit fünf Monaten amtierende schwarz-blaue Rechtskoalition in Österreich. Nach einem verlorenen Jahrzehnt, das von Rezession und Stagnation im Gefolge der globalen Finanzmarktkrise beherrscht war, setzt sich 2017 ein Welthandelsaufschwung durch, der maßgeblich der wirtschaftlichen Erholung in den USA samt Verlängerung durch den Trump-Boom und einer hohen Wachstumsdynamik in den asiatischen Schwellenländern geschuldet ist.

EU-Europa erlebt nach einer langen, durch ein wachstumsfeindliches Austeritätsregime selbstverschuldeten Durststrecke eine Konjunkturbelebung, die mit steigenden Wachstumsraten und sinkender Arbeitslosigkeit diesen Namen auch tatsächlich verdient. Und die im internationalen Wettbewerb gut positionierte österreichische Exportwirtschaft kann diesen positiven Konjunkturtrend in ihren Absatzmärkten voll nützen, sodass unterstützt durch eine Reihe konjunkturfördernder Maßnahmen der Vorgängerregierung das aufgehende Wachstum Österreich ins Spitzenfeld des europäischen Aufschwungs katapultiert. Just im ersten Regierungsjahr der rechtspopulistischen Koalition wird daher ohne ihr Zutun nach übereinstimmenden Prognosen der WirtschaftsforscherInnen die österreichische Volkswirtschaft den Konjunkturoberpunkt mit einer realen Wachstumserwartung nahe 3 % des vorjährigen BIPs erreichen. Die Kurz-Strache-Regierung setzt jedoch mit ihrer neoliberalen Wirtschafts- und Fiskalpolitik in Verbindung mit einer diskriminierungsversessenen Sozialpolitik alles daran, um diesen einmaligen Konjunkturbonus rasch und unwiederbringlich zu verspielen.

NACHHALTIGES WACHSTUM BRAUCHT LOHNWACHSTUM

Die wesentlichste Voraussetzung für eine konjunkturelle Verstärkung auf beschäftigungsförderndem Wachstumsniveau sind neben den Einkommenseffekten der sinkenden Arbeitslosigkeit steigende Löhne und Gehälter, weil nur sie die Verfügung über die notwendige Kaufkraft für eine wachsende Konsumnachfrage schaffen können. Erst der Anstieg und die Aufrechterhaltung einer wachstumskonformen Verbrauchernachfrage bewirken den Umschwung zu einem optimistischen Erwartungstrend, der die private Investitionstätigkeit stimuliert und zu einer selbsttragenden Konjunktur mit konstant überdurchschnittlichen Wachstumsraten beiträgt («waged growth»).

Es werden dadurch nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die erhöhten Mengen der in Stunden gemessenen Arbeitsleistungen neu verteilt, sodass die Kurz- und Teilzeitbeschäftigung zurückgeht und Vollzeitarbeitsplätze zunehmend die Oberhand gewinnen. In einer wachsenden Zahl von Haushalten vergrößert sich daher der positive Einkommensabstand zu den vielfach prekären und durch Sozialtransfers alimentierten Einkommensverhältnissen während der Konjunktur- und Wachstumsflaute, die in der EU lange gedauert hat und in Österreich zuletzt besonders hartnäckig war. Je stärker die Haushalte im unteren und mittleren Einkommenssegment durch neue Arbeitsplätze, mehr Vollzeitbeschäftigung und steigende Löhne von konjunktureller Nachhaltigkeit profitieren können, umso eher passen sie mit wachsendem Zukunftstrauen ihr Ausgabenverhalten der verbesserten Einkommenslage an und sichern damit die Konsumnachfrage auf einem konjunkturstabilisierenden Expansionspfad.

WACHSTUM BRAUCHT STARKE GEWERKSCHAFTEN

Dieses wirtschaftsoptimistische Narrativ funktioniert aber nur dann, wenn die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften durch den Beschäftigungsanstieg so weit gestärkt wird, dass dem aufholenden Konjunkturtrend angepasste Lohn- und Gehaltszuwächse auch kollektivvertraglich und damit auf breiter Basis durchgesetzt werden können. Und wenn die fiskalpolitisch eingebauten (»automatischen«) Stabilisatoren des Staatshaushalts wegen der Bedeutung der Staatsausgabenquote für die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage (in Österreich nahe 50% des BIPs) ihre konjunkturstützende Wirkung beibehalten, indem das wachsende Steuer- und Abgabenaufkommen nicht ausschließlich den neoliberalen Obsessionen von Budgetdefizit- und Staatsschuldenabbau geopfert wird (deren BIP-Quoten bei anhaltendem Wachstum durch simple Arithmetik ohnehin sinken), sondern die von höheren Steuereinnahmen und sinkendem Sozialtransferbedarf ermöglichten Ausgabenströme durch eine gezielte Budgetpolitik verstärkt in strukturverbessernde und den sozialen Ausgleich fördernde Verwendungsbereiche (Bildung, Grundlagenforschung, F&E, Infrastruktur, soziale Wohnungswirtschaft, Integration, Familien, Gesundheit, erneuerbare Energie, ökologischer Umbau, Klimaziele, verbesserte Daseinsvorsorge, usw.) gelenkt werden.

ÖFFENLICHE FINANZIERUNG DER KONJUNKTURLOKOMOTIVE

Ist die Durchsetzbarkeit steigender Löhne und Gehälter entlang des konjunkturellen Aufwärtstrends für Wachstum und Produktivität gewissermaßen eine notwendige Bedingung, so liefert die fiskalpolitische Stabilisierung der staatlichen Ausgabenquote durch die öffentliche Förderung und Finanzierung von zukunftsfähigen und sozialverträglichen Projekten erst die hinreichende Bedingung, um die Konjunkturlokomotive durch steigende Konsumnachfrage und ihre Folgen (optimistischer Erwartungstrend, verstärkte private Verschuldungs- und Investitionsbereitschaft, steigendes Steuer- und Abgabenaufkommen) unter Dampf zu halten. Denn die populäre, »konsenskeynesianische« Fiskalregel (»Spare in der Zeit, dann hast du in der Not«), die in Analogie zur »prudent finance« des privaten Haushalts zumindest ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Staatsbudget ohne Neuverschuldung und folglich bei einem langfristig positiven Wachstumsverlauf eine sinkende Staatsschuldenquote stipuliert, entstammt dem Traumbuch der neoliberalen Nonsenseökonomie, die an der Realität der nachfrageabhängigen Wirtschaftsentwicklung fröhlich vorbei argumentiert. Je höher die Staatsausgabenquote, die in

den technologisch fortgeschrittenen, sozialstaatlich zivilisierten und daher auch dynamischeren Volkswirtschaften des entwickelten Kapitalismus deutlich über dem Durchschnitt liegt, desto höher das Gewicht der öffentlichen Ausgaben für die Gesamtnachfrage und den Konjunkturverlauf. Starre Einsparungsregeln im Staatshaushalt und ein durch hohe Konsumabgaben (fixe Umsatzsteuersätze) sowie Einkommenssteuerprivilegien regressiv gestaltetes Steuer- und Abgabensystem (faktisches »flat tax«-Regime), beides typische Kennzeichen der neoliberalen Austeritätspolitik, sind daher geeignet, die hinreichende Bedingung für Wachstumsverstetigung zu unterlaufen. Das verkürzt und/oder verflacht den Konjunkturzyklus, sodass im längerfristigen Durchschnitt Potenzialwachstum und Wachstumspotenzial eingeschränkt bleiben. Was die »besseren Kreise« wenig kratzt, weil die Unterauslastung der Ressourcen zu Lasten der unteren Bevölkerungshälfte geht (Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust, Lohnrepression, Prekarisierung), während die Billigkeit der Arbeitskräfte durch ausgedehnte Niedriglohnsektoren die Inflation niedrig hält und die Gewinne sprudeln läßt.

WARUM DAS WACHSTUM NICHT ANKOMMT

Nach gut drei Jahrzehnten neoliberaler EU-Wirtschaftspolitik, die sich durch eine Kombination aus fiskalischer Austeritätspolitik und einer auf die Arbeitsmärkte fokussierten Strukturpolitik auszeichnet, sind die inhärenten Risiken selbst für Konjunkturaufschwünge mit hohen Amplituden unübersehbar gestiegen. Denn die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte als Leitprojekt der neoliberalen Strukturpolitik zerstört das koordinative Gleichgewicht der Sozialpartnerschaft, schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, richtet sich gegen zentrale Lohnfindungsprozesse und den umfassenden Geltungsbereich von Tarifverträgen, beseitigt demokratische Gewerkschafts- und soziale ArbeitnehmerInnenrechte und verschiebt dadurch die Machtverhältnisse auf den Arbeitsmärkten zu Gunsten des unternehmerischen Kapitals. Durch die fatale Parallelentscheidung der EU-Organen, den öffentlichen Verschuldungsanstieg, der von der konzertierten Abwehr der systemgefährdenden Finanzmarktkrise ausging, im Wege einer forcierten Austeritätspolitik zu bekämpfen, wurde eine Reihe binnenmarktrelevanter Volkswirtschaften in eine lange Phase der Depression, Rezession oder Stagnation getrieben, die mit steigender und auf hohem Niveau verharrender Massenarbeitslosigkeit bezahlt wurde. Die Koinzidenz von Austeritätspolitik und Arbeitsmarktflexibilisierung, die nicht zufällig in den Memoranden zur »Rettungsfinanzierung« der aus den Anleihenmärkten gedrängten Euro-Mitgliedsländer

verknüpft wurden, hatte eine weitreichende Deroutierung der Arbeitsmärkte zur Folge, die zu einer rapiden Ausdehnung von Niedriglohnsektoren mit massenhaft prekarierten Arbeitsverhältnissen geführt hat. Dadurch wird zusätzlich zur Arbeitslosigkeit der Druck auf die Löhne und Gehälter im regulären Arbeitsmarkt kontinuierlich aufrecht erhalten. Und die auseinanderdriftende Ungleichverteilung der Einkommen (und in der Folge des Vermögens) zwischen Kapital und Arbeit wird dauerhaft zementiert.

Dieses sind die strukturellen Gründe, warum der Aufschwung bei der arbeitenden Bevölkerung nicht oder zu wenig ankommt. Weil die neu geschaffenen Arbeitsplätze zu einem erheblichen Teil dem prekären Niedriglohnsektor zuzurechnen sind und weil es den systematisch geschwächten Gewerkschaften nicht mehr ausreichend gelingt, gegen den strukturellen Lohndruck der flexibilisierten und segmentierten Arbeitsmärkte aufholende Lohn- und Gehaltsziele durchzusetzen. Die Reallohnentwicklung bleibt daher sehr gedämpft, auch wenn die Inflation gerade wegen der moderaten Nominallohnzuwächse primärkostenentsprechend auf niedrigem Niveau verharrt. Der konjunkturelle Spill-over auf die Konsumnachfrage ist daher viel zu schwach, um den kurzfristig steilen Konjunkturaufschwung binnenwirtschaftlich zu perpetuieren. Zumal die Fiskalpolitik in der EU fast durchgängig gemäß deutschen Vorgaben am »schwäbischen Hausfrauensyndrom« laboriert und der austeritätspolitischen Budgetkonsolidierung zum Zwecke des Staatsschuldenabbaus eine klare Priorität gegenüber einer zukunftsichernden und den sozialen Zusammenhalt zurückerobernden Ausgabenpolitik einräumt.

Wenn es dazu noch eines Beweises bedurfte, der langfristige Haushaltsplan der eben verlängerten Groko-Regierung in Deutschland hat ihn unter sozialdemokratischer Federführung pünktlich geliefert. Sowohl der notwendigen als auch der hinreichenden Bedingung für eine nachhaltige Verstärkung der Wachstums-, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung des aktuellen Konjunkturaufschwungs mangelt es daher an nachfragestruktureller Dynamik. Und so steht zu befürchten, dass es unabhängig von unvorhersehbaren externen Schocks, die aus der weltpolitischen Unsicherheitslage (Handelskonflikte, Pulverfass Naher Osten, Lame Duck Trump nach den Midterm Elections, usw.) drohen, ab 2019 zu einem deutlichen Konjunkturabschwung oder bei einem unerwarteten Schockereignis sogar zu einem steilen Konjunkturreinbruch in EU-Europa kommen könnte.

REGIERUNGSPOLITIK SCHWÄCHT WACHSTUMSPOTENZIAL

Die rechtspopulistische Kurz-Strache-Regierung ist wirtschafts- und fiskalpolitisch so programmiert, dass sie den die aktuellen Konjunkturchancen verspielenden Tross der EU-Regierungen gewiss nicht versäumen wird. Ganz im Gegenteil, sie bietet die allerbesten Voraussetzungen, um von der Spitze des europäischen Konjunkturtrends ins nachhinkende Anschlussdrittel zurückzufallen. Diese retropolitische Rückschrittsregierung hat nicht nur einen Zug zur illiberalen Demokratie, der sich in institutionellen Machtverschiebungen manifestieren könnte (z. B. als Medienenquete getarnte Vorbereitung der ORF-Umstrukturierung in Richtung Regierungsabhängigkeit oder die Aushebelung der Selbstverwaltung durch sogenannte Strukturereformen bei den Sozialversicherungsträgern oder die wirtschaftliche Schwächung demokratisch legitimierter Kammerorganisationen durch ultimative Reformaufforderungen, usw.), sondern sie verfolgt auch ein neoliberales Aufholprogramm in der Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalpolitik, um die Sozialpartnerschaft nachhaltig zu schwächen und die materiellen Lebensverhältnisse der unteren Bevölkerungshälfte substanziell zu verschlechtern.

Und weil ein nicht unbeträchtlicher Teil der WählerInnenbasis der regierenden Rechtspopulisten aus diesem Bevölkerungssegment stammt, wird von der sozialen Grausamkeitspolitik durch fortwährende und völlig sinnentleerte Grauslichkeitsinszenierungen abgelenkt, die den vom Migrationsschock erschütterten Gefühlshaushalt der österreichischen Seele symbolpolitisch balsamieren sollen. Aber dieses zynische Kalkül wird nicht aufgehen, weil es allzu vordergründig mit der verdummenden Themenfixierung und selbstvergessenen Interesselosigkeit der durch boulevardeske Manipulation vermeintlich kontrollierbaren Massen spekuliert. »It's the economy, stupid« wird die Kurz-Strache-Regierung eher früher als später einholen, gerade weil sie auf der hohen Welle der internationalen Konjunktur einen unerwarteten Startvorteil lukriert hat.

WIE GEWONNEN, SO ZERRONNEN?

Daher kann man mit einiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass der Vorteil des aktuellen Konjunkturaufschwungs, den die Kurz-Strache-Regierung ohne Eigenbeiträge einstreichen kann, ab 2019 in den Nachteil eines Konjunkturabschwungs umschlagen wird, den sie durch die Umsetzung des wirtschaftspolitischen Regierungsprogramms im Vorfeld der kommenden Nationalratswahl tatkräftig verstärken wird.

Denn die regierenden Rechtspopulisten haben sich ohne Not, aber in neoliberaler Übereinstimmung zum Ziel gesetzt, die Steuer- und Abgabenquote zu Lasten der Staatsausgabenquote, also durch Gegenfinanzierung im Wege von Budgeteinsparungen, um ein beträchtliches Ausmaß auf ein Niveau von etwa 40% zu reduzieren. Wobei der Fetisch der »schwarzen Null« und des Rückbaus der staatlichen Verschuldungsquote bereits in der parlamentarischen Präsentation des Löger-Doppelbudgets 2018/19 mit bombastischer Erregung aus der schwarz-blauen Mottenkiste hervorgeholt wurde. Der Regierung wird daher nichts anderes übrigbleiben, als ihr »Sparen im System« mit in Wahrheit tiefen Einschnitten in die sozialen Kernbereiche des budgetären Ausgabengefüges fortzusetzen, um die geplanten Steuererleichterungen für die gehobenen Einkommensklassen (siehe Halbierung des Körperschaftssteuerersatzes für thesaurierte Gewinne) zu finanzieren.

Einen leichten Vorgeschmack auf die sozialen Asymmetrien, die aus dieser fiskalischen Umverteilung von unten nach oben entstehen werden, haben die Budgeteinsparungen zur Refinanzierung der bisher beschlossenen Maßnahmen (Familienbonus, Beitragserleichterung bei der Arbeitslosen- und Unfallversicherung, Mindestpensionsanhebung) bereits geliefert. Ganz abgesehen davon, dass die fiskalpolitische Benachteiligung der niedrigeren Einkommen mit zwangsläufig hoher Konsumneigung zu Gunsten des oberen Einkommensegments mit höherer Sparneigung zwar den Veranlagungsbedarf auf den Finanzmärkten belebt, allerdings zu Lasten der Nachfrage auf den beschäftigungsrelevanten Gütermärkten. Und die kommenden Einsparungen werden in noch stärkerem Ausmaß das System der sozialen Sicherheit schwächen, die zurückbleibende Einkommensentwicklung der benachteiligten Bevölkerungsschichten verstärken und trotzdem alle Reserven für zukunftsrelevante und erwartungsstabilisierende öffentliche Investitionen verbrauchen.

Mit ihrem sinnlosen, neoliberal deformierten Tribut an die »Ausgaben- und Schuldenbremse« wird die Kurz-Strache-Regierung die antizyklische Wirkung der eingebauten Stabilisatoren einer wachstumsorientierten Fiskalpolitik gerade zu einem Zeitpunkt einschränken, zu dem sich der konjunkturelle Anschlag des europäischen Binnenmarkts aus den oben erörterten Gründen rasch abschwächt und die österreichischen Exportzuwächse zurückgehen. Das Zusammenwirken von stagnierenden Exporten und den negativen Nachfrageeffekten des »Sparens im System« gemäß Regierungsprogramm könnte das konjunkturelle Sunset Schicksal dieser Regierung

besiegeln, wenn bei der ohnehin hohen Sockelarbeitslosigkeit (in 04/2018 noch immer 385.000 Personen) die Arbeitsplatzverluste entlang der konjunkturgefährdenden »Bremswege« der schwarz-blauen Fiskalpolitik eine schmerzhaft Krisenstimmung aufkommen lassen. Zank und Hader wird die Rechtspopulisten aus zwei wirtschafts- und sozialpolitisch gleichgeschalteten Parteienlagern erfassen. Und keine noch so dicke Sau der Diskriminierung und Menschenverachtung, die sie johlend durchs Dorf treiben, wird die Ausbreitung der Erkenntnis aufhalten können, dass die WählerInnen der unteren Bevölkerungshälfte von der »sozialen Heimatpartei« als der angeblich »neuen Arbeiterpartei« in kollusivem Zusammenwirken mit der türkis verfärbten »neuen Volkspartei« und ihrer »neuen Gerechtigkeit« betrogen wurden. Das ist die Stunde der Opposition, die dann hoffentlich gut vorbereitet ist. 🇺🇦

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.



Atelier: Studio Es, Grafik: Verena Panholzer (Art Direction), David Einwaller (Junior Art Direction), Diagonale – Festival des österreichischen Films, Plakat Anniversary Poster, aus einer Serie von vier Plakaten, Auftraggeber: Diagonale, Festival des österreichischen Films
Druck: Remaprint, Drucktechnik: Offsetdruck, Österreich, © Studio ES/100 Beste Plakate e.V.

100 BESTE PLAKATE 2017

MAK WIEN



Atelier: gggrafik, Grafik: Götz Gramlich, Kieler Woche 2017, Auftraggeber: Referat Kieler Woche, Druck: Handsiebdruckerei Kreuzberg, Druck-
technik: Siebdruck, Deutschland, © Götz Gramlich/100 Beste Plakate e.V.

Wem die Brexit-Stunde schlägt

Ein Jahr nach den britischen Unterhauswahlen steht der Brexit weiterhin im Zentrum des anhaltenden Machtpokers innerhalb und zwischen den Parteien. Während Theresa May täglich um ihr politisches Überleben kämpft, haben die Lokalwahlen Anfang Mai gezeigt, dass sich Labour in der Brexit-Frage ein Abweichen vom bisherigen Brexit-Kurs kaum erlauben kann, wenn die Partei an die Macht kommen will. Für den harten Kern von Corbyns innerparteilichen Gegnern scheint das nur ein weiterer Ansporn zu sein, die innerparteilichen Brexit-Konfliktlinien zu vertiefen.

Erstmal seit den Unterhaus-Wahlen im Juni 2017 schritten die BritInnen Anfang Mai zu den Urnen. Bei Lokalwahlen in England wurde ein Teil der Sitze der Kommunalverwaltungen neu gewählt. Für Theresa Mays wacklige, seit Juni 2017 von der nordirischen DUP gestützte, Minderheitsregierung war es wieder einmal ein Lostag. Hätten die Tories die Kontrolle über ultra-konservative Londoner Bezirke wie Kensington und Westminster verloren, so wäre der Ausbruch einer ziellosen Fraktionsrevolte schwer vermeidbar gewesen.

Doch es kam anders: Labour gewann zwar landesweit 79 lokale Sitze dazu, während die Tories 35 Sitze einbüßten (trotz des Kollaps von UKIP, die 120 ihrer 121 Mandate verloren); Labour erzielte in London das beste Ergebnis seit 1971; Labours projizierter nationaler Stimmanteil stieg von 27% bei den Lokalwahlen 2017 auf 35% 2018, während jener der Konservativen von 38% auf 35% sank. Die medial geschürte Erwartung eines völligen Desasters für die Konservativen machte dieses Ergebnis aber »besser als erwartet«. Es zeugt vom seit Juni 2017 schwer erschütterten Gott- und Selbstvertrauen von Konservativen und Blairisten gleichermaßen, dass sie sich erst in den Tagen nach der Wahl selbst wieder der reinen Menschlichkeit Corbyns bewusst zu werden schienen und sich selbst Mut zusprechen mussten: »Die Tories wissen jetzt, Corbyn ist nicht der Messias.«¹

MAYS LEBENSVERSICHERUNG

Doch die Tories ahnen, dass Corbyn im Falle vorgezogener Unterhauswahlen eben doch noch übers Wasser gehen könnte. Genau diese Sorge erweist sich jedenfalls seit nunmehr

einem Jahr als nachhaltigste politische Lebensversicherung für Theresa May: Die Verhinderung von Neuwahlen – trotz der unklaren Mehrheitsverhältnisse im Parlament – hat dabei ebenso Priorität wie die Vermeidung jeder Festlegung in Sachen Brexit, die genau diese Neuwahlen auslösen könnten.

May steht nämlich in Sachen Brexit innerhalb der Regierung von drei Seiten unter Druck: Die Hardcore-Brexiters halluzinieren von einem Brexit-Freihandelsparadies außerhalb der EU-Zollunion und des Binnenmarkts; eine Gruppe von konservativen Unterhausabgeordneten setzt sich für den Verbleib im Binnenmarkt, jedenfalls aber in der Zollunion ein. Und die nordirische DUP verlangt, dass Nordirland einerseits integraler Bestandteil des Vereinigten Königreichs bleibt, andererseits aber keine sichtbare Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland entsteht.

DAS NORDIRLAND-DILEMMA

Genau an diesem Punkt laviert Theresa May seit Monaten herum. Scheidet das Vereinigte Königreich faktisch aus Zollunion und Binnenmarkt aus, entsteht zwangsläufig eine zu kontrollierende Handelsbarriere zwischen Nordirland und Irland. Der Vorschlag der EU, dass Nordirland Teil des Binnenmarkts bleibt, würde umgekehrt eine Zollgrenze zwischen Nordirland und Großbritannien erfordern, was politisch undenkbar ist.

May und ihr Kabinett übten sich daher monatelang in erbitterten Grabenkämpfen über gleichermaßen skurrile und undurchführbare Alternativvorschläge.² Die Ultra-Brexiters fantasierten von einem »technologiebasierten Ansatz«, der beim Warentransport zwischen der Republik Irland und

Nordirland physische Kontrollen überflüssig machen sollte, ohne jemals zu erklären, wie das konkret funktionieren sollte. Der Hinweis auf eine technologiebasierte Lösung sollte in Zeiten, in denen das Schlagwort »Digitalisierung« allerorts für zustimmendes Kopfnicken sorgt, offenbar genügen. So blieb auch z.B. der Einwand des nordirischen Frächterverbandes, dass eine weiterentwickelte GPS-Ortung von LKWs eine Kontrolle der Frachtladung nicht ersetze, ungehört.³ Dafür ergingen sich die Brexiteers in Mutmaßungen darüber, dass die erforderliche Technologie – welche auch immer das eigentlich sein soll – spätestens in wenigen Jahren ausgereift sei. Dieser – allen Ernstes »Max fac« (=»maximum facilitation«)abgekürzten – Option stellten die Skeptiker eines harten Brexit die kaum weniger undurchführbare Option einer sogenannten »Zollpartnerschaft« gegenüber. Großbritannien solle auf aus Drittstaaten eingeführte Güter, je nachdem ob sie für den Verkauf in Großbritannien und der EU bestimmt wären, unterschiedlich hohe Zölle einheben und an die EU weiterleiten. Gleiches hätte dann aber auch für aus der EU nach Großbritannien eingeführte Güter aus Drittstaaten zu gelten. Letztlich setzt auch diese Variante Kontrollen an den Außengrenzen (also auch zwischen Nordirland und Irland) voraus, solange geprüft werden soll, ob Güter richtig verzollt wurden bzw. tatsächlich in ihr eigentliches Bestimmungsland geliefert werden.

Es ist daher kaum verwunderlich, dass May der EU Anfang Juni schließlich keine der beiden wochenlang im Kabinett umkämpften Varianten vorgeschlagen hat, sondern neuerlich auf Zeit spielt: Bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist, soll das gesamte Vereinigte Königreich Teil der Zollunion bleiben. Im Wissen darum, dass die für »max fac« notwendige magische Technologie in etwa zeitgleich mit der Inbetriebnahme des Warp-Antriebs im Star-Trek-Universum erwartet werden kann, hat dieser Vorschlag unter den Ultra-Brexiteers in der konservativen Parlamentsfraktion für massive Unruhe gesorgt. Zurecht vermuten sie, dass das Vereinigte Königreich dauerhaft in der Zollunion bleiben könnte. In der Realität hat das seine Ursache natürlich nicht darin, dass May sich einer von den Brexiteers vermuteten Verschwörung, deren Zentrum im britischen Finanzministerium geortet wird, angeschlossen hätte, sondern darin, dass es die einzige reale Lösung zu sein scheint, wenn keine Grenze zu Nordirland entstehen soll.

Bei einem vertraulichen Abendessen vor Brexit-freundlichen Unternehmern hat der Brexiteer und Außenminister Boris Johnson daher schon seinen Unmut geäußert, es könne nicht angehen, dass der Schwanz (Nordirland-Grenze) wei-

terhin mit dem Hund (Großbritannien) wedle.⁴ Doch abseits martialischer Sprüche vor guten Freunden ist sich auch Johnson im Klaren darüber, dass die Regierung auf die Unterstützung der DUP angewiesen ist und die Nordirland-Frage daher derzeit absolute Priorität hat – und stimmte folgerichtig Mays Vorschlag im Kabinett zu.

DAS NO-DEAL-PHANTASMA

Die Brexiteers spekulieren zunehmend darauf, dass nur eine Verschärfung des Verhandlungstons und die Drohung mit einem No-Deal-Brexit zu einem (aus ihrer Sicht allerdings ohnehin kaum) annehmbaren Verhandlungsergebnis oder eben zu einem EU-Austritt ohne Vereinbarung führen könnte, was einige Ultras sogar präferieren würden. May hat es aus innerparteilicher Rücksichtnahme bislang stets vermieden, diese Option auszuschließen. Andererseits fände diese Variante aber wohl kaum eine Mehrheit im britischen Parlament. Hier setzt die zahlenmäßig deutlich kleinere Gruppe an Brexit-skeptischen Konservativen an. Der frühere Generalstaatsanwalt – dem in Großbritannien Kabinettsrang zukommt – hatte bereits im Dezember eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, die dem Parlament im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen oder der Ablehnung des Vertrags die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise gegeben und einen No-Deal-Brexit faktisch ausgeschlossen hätte. Für die Tory-Brexiteers, die seit Monaten an einer britischen Version der Dolchstoß-Legende arbeiten – der glänzende Sieg im Brexit-Felde werde durch hinterhältige Sabotage an der Heimatfront verhindert –, ist eine solche Kontrolle des Brexit durch das Unterhaus eine Horror-Vision. Das ist umso bemerkenswerter, als die Brexiteers während der Referendum-Kampagne damit argumentiert hatten, dass es Ziel des Austritts sei, »to take back control« und Entscheidungen transparent im gewählten britischen Parlament zu treffen, statt auf den bürokratischen Irrwegen in Brüssel. Nunmehr lehnen sie es, in ihren Worten, entschieden ab, durch eine zwingende parlamentarische Kontrolle »der Regierung die Hände zu binden«.

DIE ÄNDERUNGEN DES OBERHAUSES

Zahlreiche Änderungsvorschläge des britischen Oberhauses machten Anfang Juni eine Serie von Beharrungsbeschlüssen des Unterhauses erforderlich, um den noch einige Monate andauernden Brexit-Gesetzgebungsprozess fortsetzen zu können. Die Lords setzten dabei u. a. auch die Frage der dauerhaft fortgesetzten Zollunion und der parlamentarischen Kontrolle auf die Tagesordnung. Um eine Abstimmungsniederlage zu vermeiden, schwenkte die Regierung in der Frage der Zoll-

union, mitgetragen vom Brexit-Scharfmacher Jacob Rees-Mogg (!), auf das Wording der Labour-Opposition ein und forderte die Fortsetzung »einer Zollunion« mit der EU. Politische BeobachterInnen sind sich einig, dass May mit dieser vagen Formulierung, verbunden mit dem möglichen Dauer-Propositorium der fortgesetzten Mitgliedschaft in der Zollunion bis zur »endgültigen Lösung« der Zoll-Frage, weiter auf eine Verschleppung dieses Themas setzt.

Noch heikler war jedoch die Frage der parlamentarischen Kontrolle über den Austrittsprozess, wenn die Brexit-Verhandlungen scheitern oder das Verhandlungsergebnis keine Mehrheit findet. In diesem Punkt musste May einerseits die Brexit-SkeptikerInnen der Tories davon abhalten, mit der Opposition zu stimmen, andererseits aber damit rechnen, dass ernsthafte Konzessionen zu einem Großaufstand der Brexit-teers führen würden.

Die Brexit-SkeptikerInnen signalisierten bereits Tage vor der Abstimmung, zu Kompromissen bereit zu sein, um einen Sturz Theresa Mays zu verhindern. Der Abstimmungskrimi blieb aber bis zur letzten Minute spannend. Erst unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung sagte der Großteil der Brexit-SkeptikerInnen zu, mit der Regierung zu stimmen, weil May ihnen in einem persönlichen Gespräch im Unterhaus versprochen habe, die Regierung werde einen eigenen Abänderungsantrag im Oberhaus einbringen, der zwei der drei im Abänderungsantrag enthaltenen Punkte berücksichtigen werde. Im dritten Punkt – formale Kontrolle des Unterhauses über die Festlegung der weiteren Vorgangsweise, wenn es keinen mehrheitsfähigen Brexit-Deal gibt – würden die Gespräche fortgeführt. Unmittelbar nach der Abstimmung zeigte sich, wie sehr May offensichtlich unter Druck steht. Kaum hatten die Brexit-SkeptikerInnen ihre Stimme abgegeben, erklärte ein Sprecher der Premierministerin, es habe keine verbindlichen Zusagen gegeben und die in Aussicht gestellten Gespräche hätten den dritten Punkt keinesfalls zum Thema.

Auch wenn sich die Tory-Abweichler im britischen Understatement üben – »Das deckt sich nicht mit unserer Erinnerung an das Gespräch« – könnte Mays offener Wortbruch bereits in wenigen Wochen zum Problem werden: Das Oberhaus könnte nun eine nochmalige Abstimmung zu diesem Punkt erzwingen.⁵ May kalkuliert – bislang zurecht – damit, dass die Brexit-SkeptikerInnen davon ausgehen, dass May für sie immer noch besser ist als ihre möglichen Nachfolger Gove oder Johnson und daher zu vielen Verrenkungen be-

reit sind, um die Regierung zu erhalten. Demgegenüber ist zu erwarten, dass die ihrem No-Deal-Phantasma anhängenden Ultra-Brexit-teers in ihren Wahnvorstellungen wesentlich unberechenbarer sind. Mays Wortbruch zeigt jedoch, dass die Premierministerin, die sich im letzten Jahr als geschickte Taktikerin erwiesen hat, an die Grenzen des Durchlaviens zu stößt. Es ist fraglich, ob sich die Brexit-SkeptikerInnen weiter in dieser Form an der Nase rumführen lassen.

DAS NO-BREXIT-PHANTASMA

Das erbärmliche Brexit-Schauspiel der Regierung bietet für manche (Links-)Liberale Anlass zum Glauben, dass es zielführend bzw. möglich sei, den Brexit als solchen zu verhindern. In der Labour-Parlamentsfraktion ist der im Aufgehen verglühte Stern am Himmel der blairistischen Partielite, Chuka Umunna Wortführer dieser Gruppe, die zumindest den Verbleib im Europäischen Wirtschaftsraum nach norwegischem Vorbild verlangt, die aber auch bereits ein zweites Referendum gefordert hat. KritikerInnen Umunnas, wie Tony Blairs langjähriger Vizepremierminister, John Prescott, werfen ihm vor, dass er versuche, die Partei in der Europafrage zu spalten, statt sie gegenüber der Tory-Regierung zu einen.⁶ Tatsächlich fällt auf, dass Umunna während des Referendums das EWR-Modell entschieden abgelehnt und auch die Personenfreizügigkeit in Frage gestellt hat, während er nunmehr in Massen-E-Mails gegen die Labour-Parteiführung zu mobilisieren versucht. Medienberichten zu Folge agitiert Umunna inzwischen offen für die Gründung einer neuen Partei, für die offenbar die EU-Frage der Katalysator sein soll.⁷

Der kolportierte Name dieser Partei, »Back together«, steht dabei sinnbildlich für das eigentliche Anliegen einer solchen Formation. Corbys Machtübernahme in der Labour Party scheint mittelfristig unumkehrbar zu sein. Die frühere Partielite, die bislang alle wichtigen Fragen und Posten unter sich ausgemacht hatte, scheint dauerhaft abgemeldet und ihr Wunsch nach einem »back together« scheint unerreichbarer denn je. Schlimmer noch: Je wahnwitziger ein ultra-blairistischer Teil der Abgeordneten versucht, Corbys Arbeit zu torpedieren, desto mehr wächst die Gefahr, dass die Scharfmacher die zehntausenden neuen lokalen Parteimitglieder verprellen und von diesen nicht mehr als Abgeordnete nominiert werden. Manche Corbyn-Feinde hoffen, dass ihre Remain-Haltung in urbanen Wahlkreisen den »Makel« des Anti-Corbynismus ausgleichen kann. Manche Abgeordnete sehen sich in starken Remain-Wahlkreisen tatsächlich verpflichtet, die Ansichten ihrer WählerInnen zu vertreten. Manche

Corbyn-GegnerInnen setzen aber offenbar ihre letzte Hoffnung für eine persönliche politische Zukunft inzwischen auf die Gründung einer neuen Partei. Wie prekär die Situation der BlairistInnen in der Partei tatsächlich ist, zeigte sich zuletzt bei der Nominierung einer Kandidatin für die Nachwahl in Lewisham East, einem sicheren Labour-Wahlkreis in London. Die Corbyn-unterstützende Gewerkschaft Unite und die Graswurzelbewegung Momentum hatten – völlig unverständlich – jeweils eigene Kandidatinnen nominiert, in der Vorwahl setzte sich auch deshalb die Lokalpolitikerin Janet Daby durch. Das blairistische Netzwerk in der Labour Party, »Progress«, feierte das als größten innerparteilichen Erfolg der letzten zwei Jahre – geflissentlich ignorierend, dass Daby sowohl 2015 als auch 2016 Corbyn als Parteichef unterstützt hatte. Dass die Wahl einer nicht-organisierten Corbyn-Unterstützerin von »Progress« bereits als Erfolg gesehen wird, unterstreicht, wie sehr die Blairisten innerparteilich mit dem Rücken zur Wand stehen.

BREXIT UND DIE WAHLEN

Das Aufbegehren von Teilen der Labour-Parlamentsfraktion in der Brexit-Frage folgt daher in erster Linie einer persönlichen Machtlogik, für die der Brexit nur eine Projektionsfläche ist. Eine Strategie, wie durch die geforderte »klare proeuropäische Haltung« Labours Chancen, die Regierung zu übernehmen, verbessert werden sollten ist in keiner Weise erkennbar – und ist das auch offenbar nicht das tragende Motiv der Gruppe um Umunna.

Die auch von führenden liberalen Medien mit Verve vertretene Behauptung, ein klarer Anti-Brexit-Kurs sei für Labours Wahlchancen essentiell⁸, hält einer empirischen Betrachtung jedenfalls nicht stand und bezieht sich regelmäßig auf wenig aussagekräftige Einzelresultate.

Tatsächlich hat sich bei den Lokalwahlen einmal mehr gezeigt, dass jene WählerInnen, die für Remain gestimmt haben, durch Labours vorsichtige Brexit-Position, anders als behauptet, offenbar nicht abgeschreckt werden. Labour hat in London das beste Ergebnis seit 1971 erzielt und hat auch sonst in jenen Städten und Regionen überdurchschnittlich abgeschnitten, in denen auch die Remain-Stimmen überdurchschnittlich waren. Demgegenüber fallen überdurchschnittliche Ergebnisse der Konservativen mit zwei Faktoren zusammen: Überdurchschnittliche Brexit-Zustimmung und ein überdurchschnittlicher PensionistInnen-Anteil.⁹ In London hat Labour bei den Lokalwahlen im Mai 2018 67 Sitze ge-

wonnen, die Tories 90 Sitze verloren. In den Lokalvertretungen außerhalb Londons haben die Konservativen hingegen 57 Sitze gewonnen, Labour hingegen nur 12 Sitze. Wie bereits bei den Unterhauswahlen 2017 haben außerhalb Londons v.a. Zugewinne der Konservativen von der kollabierenden UKIP zahlreiche Sitze gerettet.

Großbritannien bleibt in der Brexit-Frage anhaltend gespalten und wenig deutet darauf hin, dass ein zweites Referendum von der Mehrheit der WählerInnen gewünscht würde bzw. ein anderes Resultat als im Jahr 2016 nach sich ziehen würde.¹⁰ Diese Einschätzung teilen offenbar auch eine Reihe jener Abgeordneten, die 2016 gegen Corbyn rebelliert hatten, deren Wahlkreise in Nordengland und den Midlands aber hohe Anteile an Leave-Stimmen aufweisen. Als das Schattenkabinett die Enthaltung als Fraktionslinie für eine Abstimmung über einen Antrag für den Verbleib im Europäischen Wirtschaftsraum festlegte, verweigerten zwar 75 Labour-Abgeordnete die Gefolgschaft um für das EWR-Modell zu stimmen; gleichzeitig meuterten aber auch 15 Labour-Abgeordnete, um mit der Regierung gegen das EWR-Modell zu stimmen.¹¹ Zum Vergleich: Die Gruppe der konservativen Brexit-Abweichler wird auf 12–14 Abgeordnete geschätzt und ist damit kleiner. Es ist also nicht nur wahltaktisch fraglich, ob eine Pro-EWR-Positionierung nicht mehr schaden als nützen würde; Labour würde mit dieser Positionierung auch riskieren, parlamentarisch in der Minderheit zu bleiben und sowohl die eigene Fraktion, als auch die WählerInnenschaft weiter zu spalten.

DIE URSACHEN DES BREXIT-VOTUMS BESEITIGEN


Eine Schattenministerin trat sogar aus dem Schattenkabinett zurück, um gegen das EWR-Modell zu stimmen. Laura Smith hat ihren nordenglischen Pro-Brexit-Wahlkreis 2017 mit einer Mehrheit von 48 Stimmen vom bisherigen konservativen Amtsinhaber erobert und begründete ihr Stimmverhalten folgendermaßen: »Ich halte es für eine schlechte Idee, die Menschen zuerst abstimmen zu lassen und ihnen dann zu sagen, dass sie falsch liegen. Wir müssen verstehen, warum Menschen für den Brexit gestimmt haben. Es ist nicht meine Aufgabe, den Leuten zu erklären, warum sie sich geirrt haben. Es ist meine Aufgabe, zu verstehen, warum sie für den Brexit gestimmt haben und dafür zu kämpfen, dass sich ihre Lebenssituation verbessert.«

Smith fasst damit – trotz ihres abweichenden Stimmverhaltens – die Position des Corbyn-Lagers zum Brexit zusammen:

Labour soll aufhören, den Brexit als identitätspolitischen Konflikt zwischen urbanen Zentren und den kleinstädtischen und ländlichen Regionen zu führen und die soziale Dimension in den Vordergrund rücken. Es ist die wirtschaftliche und soziale Verwahrlosung ganzer Regionen als Ergebnis jahrzehntelanger thatcheristischer Politik, die viele Menschen zu einer Stimme für den Austritt und gegen das politische und wirtschaftliche Establishment motiviert hat. Eine Vertiefung der politischen Spaltung entlang der Brexit-Linie spielt nur der rassistisch-chauvinistischen Strategie der Tories in die Hände, die das eigene wirtschaftspolitische Versagen auf polnische WanderarbeitnehmerInnen und »die Bürokraten in Brüssel« abschieben wollen. Corbyn setzt daher weiterhin auf eine Mobilisierung bisheriger (häufig jüngerer) NichtwählerInnen für eine soziale Veränderung Großbritanniens, während er in Sachen Brexit weiterhin einen Drahtseilakt zwischen den Fronten versucht. Mit der Befürwortung einer fortgesetzten Zollunion, die wohl im Bereich des freien Warenverkehrs mit einer weitreichenden gegenseitigen Anerkennung von Standards verbunden werden müsste, hat Labour eine sowohl sachlich als auch wahltaktisch vernünftige Position eingenommen. Die Lokalwahlen und die jüngste Abstimmungsserie im Unterhaus bieten keinen rationalen Anlass, von dieser Position abzuweichen.

Theresa May zeigt seit fast einem Jahr bemerkenswertes Geschick in ihrem täglichen Kampf um den Fortbestand ihrer Regierung. Vieles spricht dafür, dass ihre präsumtiven Nachfolger inzwischen ihren Sturz erst wollen, nachdem sie die Verantwortung für den finalen Brexit-Deal übernommen hat. Doch die Dynamik der miteinander unvereinbaren Positionen innerhalb ihrer eigenen Regierung können nach wie vor zu jeder Zeit zu einem Scheitern der Regierung und vorgezogenen Neuwahlen führen. Je näher der Brexit rückt, desto weniger kann die bisherige Taktik, alles auf die lange Bank zu schieben, fortgeführt werden.

Jeremy Corbyn hat – trotz aller Herablassung, mit dem ihm nach wie vor große Teile seiner Parlamentsfraktion und der europäischen Sozialdemokratie begegnen – nicht zufällig die besten Chancen auf die Übernahme der Regierungsmacht und tatsächlicher sozialer Veränderung. Statt symbolpolitische Gefechte der Vergangenheit um den Ruf als »besserer Europäer« auszutragen, stellt er konsequent die soziale Frage in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Auf einem Kontinent, in dem ein Land nach dem anderen an chauvinistische Rechtsregierungen fällt, ist die Beantwortung die-

ser sozialen Frage der tatsächliche Lackmustest für die vielfach rhetorisch behauptete europäische Gesinnung. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/may/04/tories-no-longer-scared-corbyn-not-messiah-local-election>
2. <https://www.bbc.com/news/uk-43979180>
3. <https://www.theguardian.com/politics/2018/may/21/tracking-lorries-irish-border-issue-hauliers-david-davis>
4. <https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-44407771>
5. <https://metro.co.uk/2018/06/14/tory-rebels-reject-theresa-mays-sneaky-offer-brexite-meaningful-vote-7632371/>
6. https://www.huffingtonpost.co.uk/entry/john-prescott-blasts-chukamunna-for-fostering-labour-division-over-brexite-keir-starmer_uk_5b044c35e4b0740c25e5dc81?guccounter=1
7. <https://www.theguardian.com/politics/2018/jun/13/labour-jeremy-corbyn-backbench-revolt-75-mps-brexite-vote>
8. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/may/04/labour-fudge-brexite-local-elections-leave-remain-corbyn>
9. <https://www.bbc.com/news/uk-politics-43976539>
10. <https://whatukthinks.org/eu/are-voters-changing-their-minds-about-brexite/>
11. <https://www.theguardian.com/politics/ng-interactive/2018/jun/13/eu-withdrawal-bill-which-labour-mps-rebelled-over-the-eea-amendment>

100
BESTE
PLAKATE
2017
MAK WIEN



Atelier: LWZ zusammen mit Michael Wittmann (Text), FM4, Plakat Wo ist die Liebe hin, aus einer Serie von drei Plakaten, Auftraggeber: Radio FM4, Druck: Schreier & Braune GmbH, Drucktechnik: Offsetdruck, Österreich, © LWZ/100 Beste Plakate e.V.

Die Oper am
Nationaltheater
Mannheim
lädt* alle
F-Quadrate
ein:

NTM



Wie werde
ich reich
und glücklich?

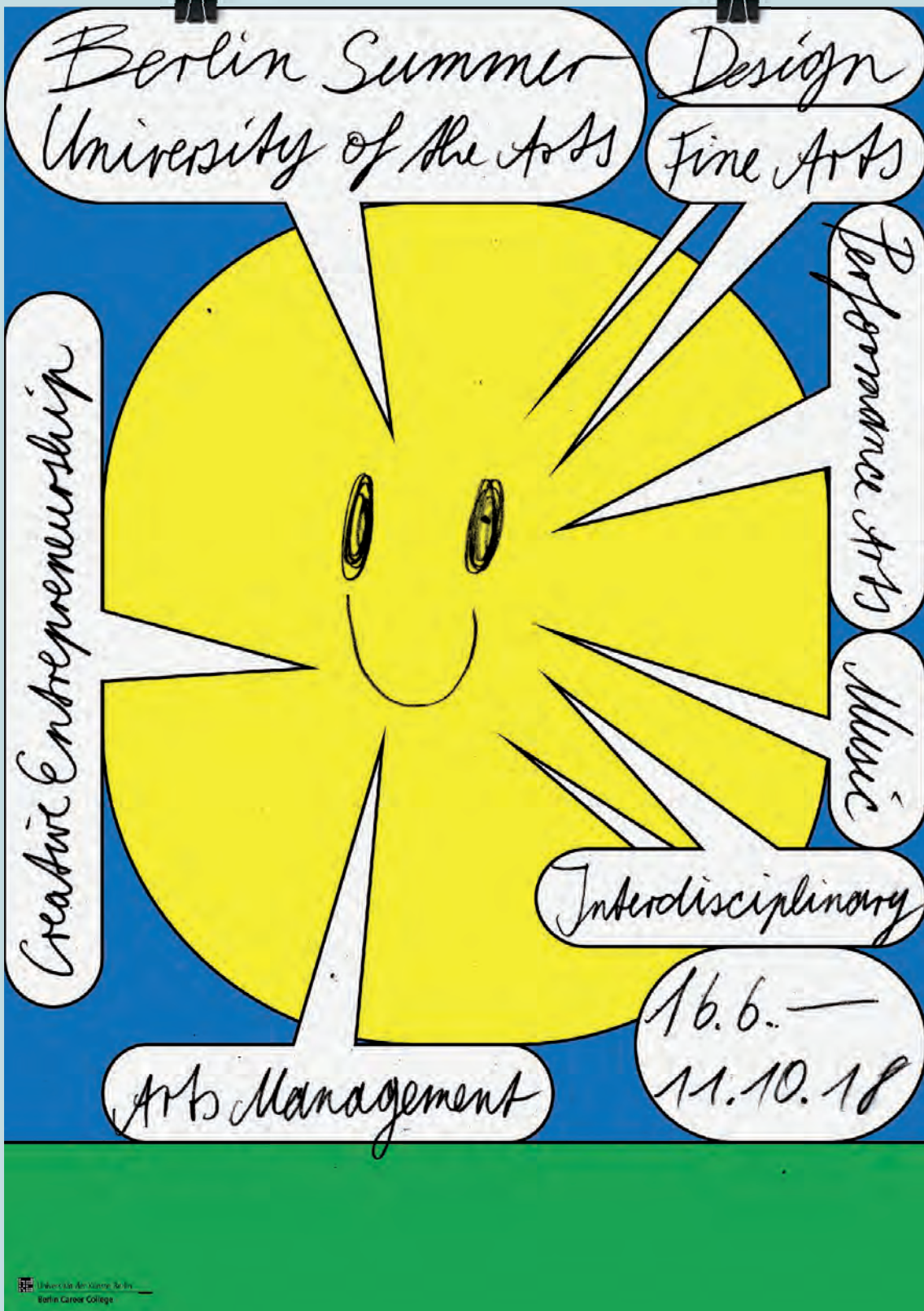
M. Spoliansky

08.06.2017
19.30 Uhr

www.alphabet-oper.de

* Unkostenbeitrag: 2,50 Euro.

100
BESTE
PLAKATE
2017
MAK WIEN



Grafik: Robert Radziejewski, Berlin Summer University 2018, Auftraggeber: Projektauftrag an der Universität der Künste Berlin, Betreuung: Prof. Fons Hickmann, Druck: flyeralarm GmbH, Drucktechnik: Offsetdruck, Deutschland, © Robert Radziejewski/100 Beste Plakate e.V.

Corbynismus auf dem Buchmarkt

Die britische Labour Party stellt mittlerweile die größte sozialdemokratische Partei Europas dar. Der merkbare Level an Aktivismus auf allen Ebenen und die vorhandene Debattenkultur sind ein beeindruckendes positives Beispiel für die Energie, die eine gesunde Partei entfalten kann, wenn sie auf die Kreativität und das Engagement von Basisstrukturen und Mitgliedern setzt. Der Hype um das Projekt Corbyns, die neue Politisierung des Landes und der Mitgliederzuwachs von Labour werden auch vom Buchmarkt gespiegelt. Armin Puller stellt einige der interessantesten Bücher für die Sommerlektüre vor.

Labour steht als eine der wenigen sozialdemokratischen Parteien Europas dem immer noch dominanten Trend der Pasokifizierung der Sozialdemokratie entgegen, dem nun schon so viele Parteien zum Opfer gefallen sind. Labour ist zwar nicht an der Macht und der Brexit genauso wie die Verschlechterung der sozialen Lage angesichts der konservativen Austeritätspolitik stellen keinen wünschenswerten Kontext für eine sozialdemokratische Partei dar. Zugleich ist es Labour allerdings gelungen, eine neue Politisierung des Landes entlang sozialer Verwerfungen, die mit dem sinkenden Lebensstandard breiter Bevölkerungsteile und den dafür verantwortlichen Konservativen in der Regierung verbunden sind, in Gang zu setzen. Labour hat einen Diskussionsraum für massenintegrativen Aktivismus von unten und Debatten über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus sowie seinen sozialen Kosten in den Bereichen des Arbeitens und Wirtschaftens, des Wohnens, der Mobilität, der Bildung und der Gesundheit geschaffen, der sich kaum noch schließen lässt und für die Konservativen eine immer größere Herausforderung bedeutet.

Labours Aufbruch ist nicht zu trennen von der Figur des Jeremy Corbyn. Von den Medien in einer bisher selbst für das Vereinigte Königreich außergewöhnlichen Weise gescholten und denunziert – als angeblicher Sympathisant des irischen wie des islamischen Terrorismus, als eigentumsfeindlicher Bolschewist, als Antisemit und sogar als Mörder von Haustierkaninchen in Jugendjahren –, hat es dieser seit 1983 im Parlament verharrende widerständige Parlamentarier des Londoner Stadtteils Islington geschafft, den politischen Diskurs des Lan-

des in drei Jahren so weit nach links zu verschieben, dass mittlerweile selbst die ansonsten marktradikalen Tories auf Positionen von Labour eingeschwenkt sind: Rückverstaatlichung der Eisenbahn, staatliche Preisdeckelung für Energiekosten, Verzwanzigfachung des öffentlichen Wohnbaus, Investitionsprogramme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit uvm. Unberührt von den Kämpfen der Parteirechten hat Corbyn Angriffe der rechten Parlamentsfraktion wie Rücktritte aus dem Schattenkabinet, Neuwahlen des Parteivorsitzenden und Lügenkampagnen gigantischen Ausmaßes überstanden und ist nun so fest im Sattel wie kaum ein Parteivorsitzender vor ihm. Corbyn selbst verweist darauf, dass er nicht Heilsbringer, sondern Repräsentant einer Bewegung sowie lange unterdrückter politischer Begehren nach Veränderung ist. Er sonnt sich daher nicht im Personenkult, sondern hebt die neue Programmatik und die Notwendigkeit des Strukturaufbaus hervor. Um die Lage der britischen Partei besser zu verstehen, bieten sich die folgenden Bücher als einführende Lektüre für den Sommer an.

Alex Nunns (2018): *The Candidate. Jeremy Corbyn's Improbable Path to Power. 2nd Edition; London: OR Books. 390 Seiten. 9.90 £.*

Als Alex Nunns Buch in der Erstauflage Anfang 2016 erschien, handelte es sich um die erste seriöse und zugleich erste umfassende Corbyn-freundliche Darstellung der Umwälzungsprozesse innerhalb der Labour Party. Nunns ist ein linker Journalist, der Corbyns »unwahrscheinlichen« Aufstieg aus nächster Nähe beobachtete und zahlreiche Interviews führ-

te, die ihn mit Innenansichten aus allen Parteiteilen versorgten. Das Buch trug maßgeblich dazu bei, sowohl Corbyns Positionen einer breiteren Öffentlichkeit in angemessener Weise bekannt zu machen, als auch die Ursachen der Veränderung innerhalb der Labour Party zu benennen: Einerseits gab es einen wachsenden Widerstand gegen das blairistische Projekt bei den Gewerkschaften, die sich zunehmend finanziell und organisatorisch aus der Partei zurückzogen. Schon die Wahl des kritischeren Vorsitzenden Ed Miliband war Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Kurs der Partei, wenngleich Miliband nicht in der Lage war, sich überzeugend aus den Fängen dieses Kurses zu befreien und sich gegen Ende seiner Amtszeit immer mehr wie eine freundlichere Variante des konservativen Spar- und Kürzungskurses darstellte. Andererseits erlebte das blairistische Projekt auch in allen anderen Parteiteilen einen massiven Verlust an Reputation (Irakkrieg) sowie an Strahlkraft und Innovationsfähigkeit. Die Bezugnahmen auf die dynamische Wirtschaft und die aufstiegswilligen Mittelschichten wirkten angesichts des Niedergangs des Sozialsystems unter der Tory-Regierung und der wachsenden sozialen Probleme (working poor, steigende Lebenshaltungskosten, immer sichtbarere Obdachlosigkeit, Niedergang der öffentlichen Verkehrssysteme etc.) immer realitätsfremder.

Nunns Buch ist großteils eine Darstellung all jener Zufälle, die dazu führten, dass Jeremy Corbyn der Parteivorsitz in den Schoß fiel. Grundlage war eine kurz zuvor beschlossene Änderung des Wahlsystems der Vorsitzendenwahl, das von der Parteiführung zur Einschränkung der Macht der Gewerkschaften ausgearbeitet und eingesetzt wurde und bei dem die, von der Parteiführung als blairistisch und Linken gegenüber unaufgeschlossen eingeschätzten, Parteimitglieder mit gleichem Stimmgewicht abstimmen sollten. Über die Auswahl der KandidatInnen bestimmt in diesem System die Parlamentsfraktion. Corbyns Auswahl als Kandidat war bereits im kleinen Kreis verbliebener widerständiger Abgeordneter ebenso Zufall wie die Erreichung der für eine Aufnahme auf den Stimmzettel erforderlichen Unterstützungserklärungen aus dem Parlamentsklub. Zumal viele dieser Unterstützungserklärungen nur geborgt waren – in einigen Fällen sogar, weil bei Corbyns Antreten eine massive Niederlage der Parteilinken erwartet und begrüßt wurde – und erst in den letzten Minuten des Kandidaturenschlusses aufgetrieben werden konnten, war eine Alternative zu den anderen KandidatInnen alles andere als sicher. Nunns spannungsgeladener Schilderung der Ereignisse gelingt der Bogen zu den tieferliegenden Ursachen: Corbyns Aufstieg war eine Verkettung von Zufällen, aber die

Ursachen waren das intellektuelle Vakuum und die strategische Visionslosigkeit der Partei. Zumal die weiteren zur Auswahl gestandenen drei KandidatInnen als Fortführung der bisherigen Misere gesehen wurden, gelang es Corbyn – dessen Prinzipienfestigkeit und interessanter, erwachsener und dem Medienspektakel unzugänglicher Diskussionsstil bereits nach Kurzem massenhafte Anziehung in der Partei entfalteten – bereits im ersten Wahlgang fast 60% der Stimmen auf sich zu vereinen, wobei er in allen Parteiteilen eine Mehrheit auf sich vereinigen konnte und zudem eine massenhafte Eintrittswelle an Mitgliedern auslöste.

In Nunns Buch, wie auch in der Wirklichkeit, stellt der Aufstieg Corbyns zum Parteivorsitzenden nur eine erste Etappe dar. Corbyns Bewährungsproben lagen noch vor ihm – jene mit der feindseligen Presse, die Angriffe aus der eigenen Parlamentsfraktion, die sich mit dem Machtverlust gegenüber den Mitgliedern nicht abfinden wollten und Sabotageakte am laufenden Band produzierten und schlussendlich mehrere Putschversuche starteten, von denen dank Corbyns Standfestigkeit keiner gelang. In einer nach einem Putschversuch eingesetzten zweiten Wahl 2016 konnte Corbyn letztlich sogar noch mehr Stimmen auf sich vereinen als bei der Wahl 2015 zuvor. Nunns hat für die Neuauflage des Buches die Ereignisse 2016 und 2017 aufgearbeitet und liefert Einblicke in die tief gesplante und zugleich dynamische und für hunderttausende neue Mitglieder attraktive Labour Party. Die ereignisorientierte und spannend geschriebene Darstellung von Nunns wird insbesondere für Lesende von Interesse sein, die sich für die Herausbildung des Corbyanismus interessieren und die Ereignisse nicht detailliert in der Zeitung verfolgt haben. Auch wenn der Titel des Buches auf Corbyn bezogen ist, handelt es sich nicht um eine Hagiographie der Person Corbyns, sondern um eine sympathisierende Darstellung der Bedingungen und Auslöser der Bewegung des Corbyanismus.

Richard Seymour (2017): *Corbyn. The Strange Rebirth of Radical Politics. 2nd Edition; London: Verso. 384 Seiten. 9.99£.*

Fast zeitgleich mit Nunns Buch erschien Richard Seymours differenzierte Analyse des Corbyanismus. Wie Nunns versteht Seymour den Aufstieg des Corbyanismus als Antwort auf das Scheitern des Blairismus. Nach dem moralischen und intellektuellen Niedergang des Blairismus, der von den arbeitenden Klassen mit Wahlentzug bestraft wurde, blieb dem Blairismus in den letzten Jahren nichts mehr übrig, als mit der Angst zu regieren. Das Argument nach In-

nen lautete: Sollte Labour jemals wieder nach links rücken, wäre es mit der Möglichkeit auf Regierungsmacht für Labour für lange Zeit vorbei. Nur ein Kurs, der sich am fiktiven (zumeist männlichen) konservativen Durchschnittswähler orientiere, dessen Traditionsliebe, Borniertheit und Reserviertheit gegenüber Sozialstaat und staatlichem Interventionismus von Labour anerkannt werden müsse, könne an die Macht führen. Da das Wahlsystem links von Labour sowieso keinen Raum lasse, könne Labour getrost von vornherein mit der Unterstützung der Kernschichten rechnen und müsse sich nur an den mobilen Mittelschichten ausrichten. Nach Außen lautete das Argument, dass Labour das geringste Übel wäre und ein Bollwerk gegen noch schlimmere Auswüchse von Ellbogengesellschaft und Kapitalismus. Der Kurs führte in die totale Passivierung der Partei, demobilisierte die Kernschichten in atemberaubender Geschwindigkeit und führte dazu, dass der einzige politische Konflikt unter Premier Cameron nur mehr zwischen den Tories und UKIP ausgefochten wurde – schlussendlich mündete der Kurs in den Brexit, für den der Blairismus in seiner Blindheit gegenüber der sozialen Frage die Bedingungen schaffte.

Seymour gelingt es, die Anziehungskraft der Politik des Corbynismus ebenso darzustellen wie die Gefahren, enthaltenen Naivitäten und inhärenten Probleme. Der tiefgründige Zugang macht das Buch insbesondere für Debatten über die Zukunft der Sozialdemokratie im Westen interessant, denn Analogien zum restlichen Europa sind bekanntlich nicht fern. Corbyns Projekt ist, wie Seymour überzeugend betont, nicht eine abstrakte weltfremde Position der utopischen Weltverbesserung, wie es Medien und die Parteirechte präsentieren, sondern eine sehr konkrete und realpolitische Antwort auf die Probleme des Vereinigten Königreichs sowie auf die Krise von Labour. Der Corbynismus liefert Antworten auf die soziale Lage, die mit konkreten und populären Politiken verbunden sind, bewirbt eine aktivierende Mobilisierung und schafft eine neue politische Heimat für die von der gegenwärtigen Konstellation unter die Räder Gekommenen.

Die interessantesten Kapitel dieses Buches, das auch knapp und zugänglich die Ereignisse schildert und die historische Einordnung des Corbynismus in die Parteigeschichte verhandelt, sind jenes zur gegenwärtigen Lage der Sozialdemokratie und jenes zu den möglichen Chancen des Corbynismus, im Vereinigten Königreich Regierungsmacht zu erlangen. Gerade das letztgenannte Kapitel erschien 2016 unüberwindbare Hürden zu benennen, die eher gegen eine nachhaltige Zu-

kunft für den Corbynismus in der Partei sprachen. Aus heutiger Perspektive mehr als zwei Jahre später lässt sich nüchtern feststellen, dass fast alle Hürden zumindest teilweise anerkannt und genommen wurden: Labour ist heute nicht mehr wiederzuerkennen, denn der politische Diskurs wurde fundamental verschoben, Labour scheint als Partei relativ geeinter zu sein als je zu erwarten war, insbesondere an der Spitze des Parteiapparats, der Corbyn lange bekämpfte, und Corbyn selbst verfügt nun über eine reale und ernstzunehmende Machtperspektive. Seymours Buch wurde Ende letzten Jahres in einer erweiterten Neuauflage herausgegeben. Es enthält nun eine aktualisierte Einschätzung und ist deutlich positiver gestimmt, wenngleich es aufgrund der qualifizierten Recherchen und stichhaltigen Analysen des Autors immer noch die interessanteste und nachdenklichste Publikation zum Corbynismus darstellt.

Simon Hannah (2018): *A Party with Socialists in it. A History of the Labour Left.* London: Pluto Press. 267 Seiten. 12.99 £.

Die Geschichte der Labour Party wird in diesem Buch des Gewerkschafters Simon Hannah als seit jeher von zwei unterschiedlichen Parteiverständnissen geprägt dargestellt: einer integrationistischen Linie, der es um Anerkennung und Integration der arbeitenden Bevölkerung in die bestehenden Verhältnisse geht, und einer transformativen Linie, die für eine radikale Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft eintritt. Das Buch ist damit zugleich eine Nachzeichnung der in bisherigen Veröffentlichungen zur Parteigeschichte meist unterbeleuchteten Vergangenheit der Parteilinken. Hannah hofft damit auch, dem Projekt des Corbynismus Anknüpfungen an frühere Erfolge und Lerneffekte aus Niederlagen zu ermöglichen – ein Unterfangen, das mit einem Vorwort von Schattenfinanzminister John McDonnell unterstützt wird.

Der Buchtitel verweist auf ein Zitat des schillernden linken Politikers Tony Benn (1925–2014), der gerade während der traurigen Jahre des Thatcherismus und des Blairismus zentraler Bezugspunkt der Parteilinken war und die Labour Party als eine nicht-sozialistische Partei, die jedoch stets auch SozialistInnen beherbergte, charakterisierte. Inhaltlich verweist der Titel auch auf die Überzeugung von Parteilinken, Labour sei seit jeher eine ideologisch ungefestigte Partei ohne starke theoretische Wurzeln in den Kämpfen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Aus unserer kontinentalen Perspektive gibt es zu dieser Einschätzung jedoch auch Gegenteiliges anzuführen: Wie Wolfgang Abendroth es einmal formuliert hat, ist die Labour

Party von der Besonderheit geprägt, eine Gründung durch die Gewerkschaften zu sein. Während in anderen Ländern die Gewerkschaften durch die aus Arbeiterbildungsvereinen entstandenen Arbeiterparteien gegründet wurden, war es im wirtschaftlich fortgeschrittenen, schon lange vom Kapitalismus geprägten Großbritannien umgekehrt: Die Gewerkschaften formierten sich, um eine politische Repräsentation im Parlament zu konstituieren, die unabhängig von der liberalen Partei, die bis dahin den (nicht immer besonders ambitionierten) Schutzschild der ArbeiterInnenbewegung bildete, politische Schlagkraft entfalten sollte. Natürlich erzeugte dies, wie Hannah auch aufzeigt, eigene Dynamiken und Spannungen, sind doch gewerkschaftlicher Bürokratismus und der häufige Fokus auf langatmige Verhandlungen nicht immer förderlich für mutige Politiken. Zugleich macht diese Gründungsgeschichte Labour aber sogar zu einer deutlicheren Repräsentanz der ArbeiterInnenbewegung als viele andere sozialistische Parteien Europas.

Hannah gelingt es, den Aufstieg von Jeremy Corbyn in die historische Entwicklung der Labour Party einzubetten und damit auch die programmatischen und strategischen Bezüge dieses politischen Projekts zu beleuchten. Viele Kapitel sind sehr anregend und lebendig geschrieben und nehmen eine aktivistische Sicht auf die politischen Debatten und Konflikte innerhalb der Partei ein. Von besonderer Qualität sind die Ausführungen zur turbulenten Gründungsgeschichte sowie den ersten Labour-geführten Regierungen unter Ramsey MacDonald. Ebenso überzeugt die differenzierte Betrachtung der Ära des legendären Labour-Premiers Clement Attlee, die sowohl vom transformativen Geist der Nachkriegszeit (Schaffung des öffentlichen Gesundheitssystems NHS) wie auch von staatsmännischem Konservatismus (Außenpolitik, Wirtschaftspolitik) geprägt waren.

Die Abhandlung des Blairismus und seiner Vorgeschichte unter dem Parteivorsitz des glücklosen Neil Kinnock auf kaum zwanzig Seiten zeigt, welchen Stellenwert diese Episode der Parteigeschichte in der Wahrnehmung des Corbynis mus mittlerweile einnimmt. Die modernisierte Identität, die Labour unter Tony Blair einnahm, führte zu einer verpassten historischen Chance: Der Blairismus – eine der wenigen Gelegenheiten, in denen Labour an der Macht war – hatte nämlich kaum transformativen Gehalt und fällt daher gegenüber der Zeit von Attlee stark ab. Er resultierte mitunter auch genau deshalb in eine Demobilisierung und Enttäuschung der traditionellen sozialen Basis der Partei gigantischen Ausmaßes und hinterließ innerparteilich eine geistige Wüste. Das po-

litische Vakuum und Unterangebot an einer Alternative zu neoliberaler Politik war der Nährboden, auf dem das Projekt Corbyn entstehen konnte. Auch wenn das Buch stellenweise zu viel Gewicht auf nicht immer ganz relevant erscheinende Episoden der Parteigeschichte legt und ohne Vorkenntnisse zumindest der groben Entwicklungslinien der Partei möglicherweise nicht immer zugänglich ist, stellt es eine schön zu lesende Gesamtschau der Parteilinken dar.

Tim Ross und Tom McTague (2017): *Betting the House. The Inside Story of the 2017 Election*; London: Biteback. 459 Seiten. 14.99£.

Steve Howell (2018): *Game Changer. Eight Weeks that Transformed British Politics*; Cardiff Bay: Accent Press. 355 Seiten. 15.99£.

Die beiden Bücher von Tim Ross und Tom McTague sowie von Steve Howell beleuchten den »alles verändernden« Wahlkampf 2017, der Labour innerhalb von acht Wochen von einer abgeschriebenen Partei zur Partei mit dem größten Stimmenzuwachs seit 1945 transformierte (plus 9,6 Prozentpunkte). Mit ihren 40% relativem Stimmgewicht ist Labour die nunmehr erfolgreichste sozialdemokratische Partei Europas. Der von den regierenden britischen Konservativen ausgerufenen Wahlkampf wurde zu einem Fiasko, weil Labour mit jenen Themen kampagnisierte, die den Leuten unter den Nägeln brannten (Kürzungspolitik bei sozialer Infrastruktur und Löhnen, steigende Lebenskosten bei prekären Arbeitsverhältnissen) und eine positive Vision mit konkreten Politiken vorschlug. Es war ein Wahlkampf, der genau das erreichte, was Labour seit 2001 das Rückgrat brach: die Mobilisierung der Kernwählenden, die unter Tony Blair in die Passivität entschwandten. Das Wahlprogramm ist ein vom Projekt Corbyn ausgearbeitetes integratives Programm, das inhaltlich, programmatisch wie sprachlich eine glanzvolle Meisterleistung darstellt, die Partei im Wahlkampf einte und Massen in Großauftritten elektrisierte.

Die Journalisten Ross und McTague beleuchten den Wahlkampf aus der Gesamtsicht, wobei insbesondere die Teile über die Entwicklung der Strategien bei Labour und den Tories sowie über die Entwicklung des Wahlkampfs interessant sind. Labour stieg nicht auf Theresa Mays Terrain ein, den Wahlkampf über die bessere politische Führung zur Umsetzung des Brexit zu gestalten, sondern verschob das Terrain auf die soziale Lage, die krisengebeutelte Wirtschaft und die Aufgaben

des Staates. Corbyn und Labour gelang es, damit die größte Aufholjagd in der Geschichte britischer Wahlkampagnen zu bestreiten. Dadurch auf dem falschen Fuß erwischt, brach die Strategie der Konservativen zusammen, mit der angeblichen Unwählbarkeit Corbyns zu punkten. Stattdessen wurden die im Hintergrund vorbereiteten Politiken der Tories – von der Steuer über Demenzkranke, weitere Sozialkürzungen und Steuererleichterungen für Superreiche (von denen viele ausgewiesene Spender der Tories sind) und Unternehmen – zum Thema und ließen die Konservativen wieder als jene »nasty party« erscheinen, zu der sie spätestens der Thatcherismus gemacht hat. Aufgrund der tiefen Einblicke (basierend auf zahlreichen Interviews), guter Recherche und der ausgewogenen Erzählweise ist das Buch ein Stück Zeitgeschichte, wie man es besser nicht hätte schreiben können.

Steve Howell ist ein hocherfahrener und politisch integrierter, linker PR-Experte, der im Wahlkampf von Labour im Kommunikationsteam anheuerte und in seinem Buch die Innensicht des Wahlkampfes präsentiert. Es stellt dabei nicht nur die Kampagne Labours und das strategische Denken dahinter anschaulich dar, sondern ist auch für seine Anekdoten und Einblicke in die innerparteilichen Machtkämpfe lesenswert. So erfährt man das ungefähre Ausmaß des Schadens, den die Parteirechte, die während des Wahlkampfes immer noch die Parteizentrale und ihre Posten besetzte, anzurichten bereit war: Aktionen wurden bewusst sabotiert, Internas an die Presse geleakt und mit böswilligen Spin versehen, Pressearbeit wurde bewusst verschleppt, Ressourcen bei Corbyn-feindlichen Parlamentariern gebunkert. Corbyns Team arbeitete nicht nur gegen eine feindliche Presse, die ihn als Terroristen, Staatsfeind und Kommunisten zeichnete, sondern auch gegen Teile des Apparats seiner eigenen Partei. Seitdem eine BBC-Dokumentation namens »The summer that changed everything« unbeabsichtigt das Ausmaß der Feindseligkeit vieler ParlamentariereInnen offenbarte, sind diese Dinge zwar bekannt, jedoch erst seit Howells Buch vorstellbar, wie trotz solcher Strukturen ein erfolgreicher Wahlkampf möglich war – vor allem durch die Begeisterung der 500.000 Mitglieder, die Corbyns Botschaft in die Wahlkreise trugen und die wahlkampfscheuen Corbyn-KritikerInnen ausmanövrierte. Im Endeffekte zeigte sich, dass alle diese Angriffe Corbyns Popularität nur erhöhten: Corbyn, dessen unbestechliches Charisma und dessen Ausdauer in Interviews und Großauftritten zum größten Asset wurden, war der Change-Kandidat mit plausiblen zeitgemäßen Ansichten, während die staatsmännische Premierministerin zu einer Witzfigur avancierte.

In ihrer Auseinandersetzung mit Wahlkampfstrategie sind beide Bücher bestens geeignet, um auch die kontinentalen Wahlkämpfe sozialdemokratischer Parteien zu überprüfen. Howell spricht am Ende seines Buches das Geheimnis guter Wahlkämpfe direkt aus: Man sollte die eigenen Stärken ausspielen und die Schwächen des politischen Gegners ausbeuten. Verglichen mit sozialdemokratischen Wahlkämpfen auf dem Kontinent, die stets die Themen und Ansichten der Gegner aufgreifen und damit mehr Verwirrung als Begeisterung stiften, wirken diese einfachen Rezepte wie aus einer anderen Welt. Natürlich benötigt es auch gute Frontpersonen, ein kompetentes Team sowie taktisches Gespür für die aktuelle Lage, aber im Zentrum steht immer eine generelle Linie, mit der die vorgebrachten Politiken und auftretende Ereignisse begründet und interpretiert werden können. Das Vereinigte Königreich scheint damit auch weiterhin das Terrain der spannendsten Wahlkämpfe zu bleiben.

Liam Young (2018): *Rise. How Jeremy Corbyn Inspired the Young to Create a New Socialism*. London: Simon & Schuster. 244 Seiten. 12.99£

Liam Young ist ein aufstrebendes Talent am britischen Journalistenhimmel und unterstützte Corbyn bereits bei dessen erster Kandidatur 2015 öffentlich. Einige kluge Ideen des letzten Wahlkampfes von 2017 gehen auf sein Konto. So schlug er etwa vor, Theresa Mays Verweigerung, mit Corbyn einen öffentlichen Diskussionsauftritt zu bestreiten, zu konterkarieren, indem Corbyn als Telefonanrufer bei einer Fragenstunde von May auf Facebook intervenieren sollte. Als May im Liveauftritt tatsächlich mit Corbyns unerwarteten Fragen zur sozialen Lage konfrontiert wurde, machte sie den üblichen desinteressierten und roboterhaften Eindruck, der ihr den Spitznamen »Maybot« einbrachte. Das Video wurde viral und gehörte mit seinen Millionen an Zugriffen zu den meistgesehenen Beiträgen des Wahlkampfes.

Es war vor allem der innovative Internetwahlkampf, der das Wahlergebnis 2017 umdrehte. Grund dafür war jedoch weder die Parteiwerbung noch der Werbeetat von Labour (der nur einen Bruchteil von jenem der Tories betrug), sondern das Engagement der Jugend. Young weist darauf hin, dass Corbyns Popularität bei den Jungen ungeschlagen ist und sie den Ausschlag machten: Nicht nur gingen sie zur Wahl und wurden damit erstmals ein Faktor in der britischen Politik; sie engagierten sich auch aktiv in Aktionen und auf social media. Young weist darauf hin, dass Corbyn der erste Politiker ist,

der nicht einfach nur von oben zu den Jungen spricht, sondern sie auch konsequent seit Jahrzehnten anhört, ihre Probleme kennt und an der Lage von Jugendlichen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Ausbildungskosten und Mobilität etwas verändern möchte. Corbyn muss sich daher nicht berufsjugendlich anbieten, sondern genießt trotz seines Alters die natürliche und ungeteilte Unterstützung von jugendlichen Subkulturen, die bislang seit jeher zum Wahlboykott aufrufen. Die von unten erfolgte und nicht koordinierte Mobilisierung über diese Subkulturen hat die Wahlregistrierungen in sozial schwachen Gegenden mit hohem Minderheitenanteil regelrecht explodieren lassen.

Youngs Buch, das kurz nach Veröffentlichung bereits ein Verkaufsschlager wurde, behandelt das Thema, wie der Corbynismus die britische Jugend als politisches und kulturelles Phänomen erfasst hat. Dem Buch wird dabei nicht ganz zu Unrecht der Vorwurf gemacht, das Phänomen des »Youthquake« zu übertreiben, denn schließlich lässt sich das Wahlergebnis von Corbyn 2017 nicht einfach über die Unter-25-Jährigen erklären (hatte Corbyn doch auch bei anderen Gruppen hohe Zustimmungswerte). Young bestreitet das gar nicht, weist aber darauf hin, dass Corbyn über alle Gruppen an Jugendlichen hinweg – unabhängig von Klassenposition, sozialem Hintergrund und Herkunft – massive Unterstützung genießt: 52% bei Jugendlichen aus den oberen Mittelschichten, 58% bzw. 62% bei den mittleren und unteren Mittelschichten und 70% bei den subalternen Schichten. Dies zeigt sich auch in der Jugendkultur: Der Gesang »Oh, Jeremy Corbyn!« zum Fußballlied »Seven Nation Army« gehört mittlerweile zu Konzerten und Jugendparties dazu und ist fester Bestandteil der Jugendkultur in den Städten geworden. Er ist Ausdruck eines Aufbegehrens gegen die Abstiegsängste der Jugendlichen aus den Mittelschichten ebenso wie gegen die klassistische und rassistische Diskriminierung von Jugendlichen aus den subalternen Schichten.

In der Einschätzung von Young hat der Corbynismus eine Politisierung der Jugend erzeugt, wie sie seit den 1960er Jahren nicht mehr existierte. Ob die aktivistischen Tendenzen jene des Personenkults in der Zukunft überwiegen werden, bleibt abzusehen. Youngs Buch ist neben der Darstellung des Aufbegehrens der Jugend im ersten Teil zugleich auch im zweiten Teil ein aktivistischer Aufruf, die Bewegung zu organisieren und für eine positive Veränderung in Richtung einer solidarischen Gesellschaft – einen »neuen Sozialismus« – zu nutzen. Als Buch birgt es dabei einige Inkohärenzen und

folgt nicht immer einem erkennbaren roten Faden. Letztlich beinhaltet es neben häufigen langatmigen Wiederholungen der Grundargumentation sowohl in theoretischer wie in politischer Hinsicht grobe Mängel: selektive Bezugnahme auf Daten, undifferenzierte Erklärungen, unbegründete neunkluger Einschätzungen. Über die Bedeutung der zahlreichen autobiographischen Ausführungen des 22-jährigen Autors bleibt man bis zuletzt im Unklaren. Als Einblick in die zukunftsoptimistische Gedankenwelt des Corbynismus ist das Buch aber jedenfalls lehrreich und stimmt positiv.

Hilary Wainwright (2018): *A New Politics from the Left*; Cambridge: Polity. 146 Seiten. 12.95 £

Als zentrales Merkmal des Corbynismus wird neben dem linken Kurswechsel zumeist eine neue Form der Politik genannt. Einen ersten Versuch, dieses neue Politikverständnis zu konzeptualisieren, unternahm kürzlich Hilary Wainwright. Sie zählt zum Kreis der Labour-Linken während des Thatcherismus und war eine wichtige Beraterin des damals linken Bürgermeisters Ken Livingstone. Bis heute gilt sie nicht nur im Umfeld von Labour als wichtige Stimme der Linken, gibt die ökosozialistische Zeitschrift »Red Pepper« heraus und trat häufig als öffentliche feministische Stimme in der Medienlandschaft in Erscheinung. Wainwrights Buch ist eine knappe Darstellung über die Notwendigkeit, das alte technokratische Politikmodell aus besserwisserischem Expertentum und paternalistischer Stellvertreterpolitik, das New Labour charakterisierte, durch ein neues zu ersetzen, das sich um Partizipation, Basisinitiativen, partnerschaftlichen Austausch zwischen Politik und Betroffenen und Masseninvolvierung dreht.

Tatsächlich vertritt Corbyn seit jeher diesen Ansatz und tritt dementsprechend nicht als Repräsentant, sondern als integrativer, einladender Ermöglicher und interessierter Verbindler auf. Deutlich wurde dies etwa beim Londoner Hochhausbrand im Juni 2017 (Grenfell Tower), bei dem 79 Menschen ums Leben kamen, weil die Tory-geführte Bezirksvertretung bei der Sicherheit Geld sparte. Während Theresa May nur mit Polizeieskorte in die Gegend um den Tower gehen konnte, weil sie von den Bewohnenden ausgebuht und abgelehnt wurde, war Corbyn häufig im ehrlichen Austausch mit Bewohnenden zugegen, unterstützte aktiv die Bildung lokaler Initiativen und betonte, dass die Bewohnenden bereits seit Jahren Sicherheitsmängel meldeten und Pläne für Verbesserungen vorlegten. Die »Vielen«, die Corbyns Politik Bezugspunkt sind, sind nicht eine gesichtslose Masse, über die und


für die zu entscheiden ist, sondern wissende, würdevolle, entscheidungsfähige, einzubeziehende Individuen und soziale Gruppen, die nicht Disziplinierung und Fürsorge benötigen, sondern demokratischen Raum, um selbst die Veränderung angehen zu können, für die Labour unter Corbyn steht.

Linke Politik müsse, so Wainwright, auf die Involvierung der Kreativität, der Energie und des Wissens von unten setzen. Neben einer machttheoretischen Begründung dieser Ansicht, diskutiert sie konkrete Beispiele aus der Arbeitswelt, der öffentlichen Verwaltung und aus Genossenschaften, wo solche Herangehensweisen zu Erfolgen führten, gerade weil sie dem herrschenden top-down-Modell zuwiderliefen. Gesellschaftliche Transformation erfordert sicherlich auch Regierungsmacht, wie Wainwright betont, aber gleichermaßen auch Initiative von unten. Vielfach wirkt das Buch, auch wenn das Argument grundsätzlich zu überzeugen weiß, unausgegoren und bricht bei zentralen Herausforderungen ab. Nichtsdestotrotz liefert es relevante Leitlinien, die zum Verständnis des Corbynismus beitragen und einen ersten Anfangspunkt setzen für weitere Debatte.

Mark Perryman (Hg.) (2017): *The Corbyn Effect*; London: Lawrence & Wishart. 256 Seiten. 15£

Mike Phipps (Hg.) (2017): *For the Many ... Preparing Labour for Power*; London: OR Books. 250 Seiten. 12£

Diese beiden eher akademischen Sammelbände bemühen sich um eine offene Auseinandersetzung um die Veränderungen in der Labour Party sowie die strategische wie politische Weiterentwicklung des Corbynismus. Sie liefern damit Innenansichten über den intellektuellen Status dieses Kurses. Beide Bände umfassen Beiträge von JournalistInnen, AktivistInnen und ExpertInnen aus Wissenschaft und Politikberatung, wobei der Band von Mark Perryman eher politisch-strategisch orientiert ist und jener von Mike Phipps eher programmatisch Politikfelder vor dem Hintergrund des letzten Wahlprogramms diskutiert. Nicht nur, da sie »Work in Progress« darstellen, sondern auch in ihrer neugierigen Herangehensweise offenbaren sie das Potential, die Motivation und Energie hinter diesem neuen Parteikurs. Wenngleich das von Phipps herausgegebene Buch viele interessante Ideen und Programmatiken auch für den hiesigen Kontext enthält, ist dennoch der Band von Perryman aufschlussreicher, auch wenn einige Beiträge eher akademische Perspektiven von außen darstellen. Perrymans Beitrag selbst ist dabei der interessante: Er stellt dar,

inwiefern Corbyn nicht ein Aufguss älterer linker Traditionen der Labour-Linken ist, seien es traditionelle (Michael Foot) oder innovativere Strömungen (Tony Benn), sondern eine neue Form der Parteistrategie vertritt, die sich nicht mehr alleine auf parlamentarische Vertretung ausrichtet, sondern eben auf Einbindung und Selbstermächtigung in allen gesellschaftlichen Bereichen, wodurch Labour eine wahrhaft neue progressive Allianz werden könnte. Die Verbindungen zu sozialen Bewegungen wird in den weiteren Beiträgen ebenso angeschnitten wie die Erfahrungen von Pasok und Syriza diskutiert. Einige mitunter sehr kritische Beiträge zeigen implizit auf, dass sich der Corbynismus nicht auf sich selbst orientiert, sondern die Auseinandersetzung geradezu sucht, um aus dieser zu lernen und sich weiterzuentwickeln. 

Die vorgestellten Bücher sind die vorläufig interessantesten Beiträge zum Verständnis des Corbynismus. Nicht nur zeugen sie von einem schönen Niveau politischer Auseinandersetzung, kreativer Energie und dem Potential einer neuen Politikform und Ausrichtung, sondern auch von einem tragfähigen Neubeginn, der auch auf andere sozialdemokratische Parteien positive Wirkungen hätte.

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

100 BESTE PLAKATE 2017

MAK WIEN



Architekturnovember
Bund Deutscher Architekten BDA
Baden-Württemberg

02. November —
03. Dezember 2017

Dank an: **JUNG** www.architekturnovember.de

Atelier: Studio Tillack Knöll und Studio Terhedebrügge, Grafik: Steffen Knöll, Antonia Terhedebrügge, Architekturnovember 2017, Plakat Veranstaltungsankündigung, aus einer Serie von drei Plakaten Auftraggeber: Bund Deutscher Architekten BDA, Landesverband Baden-Württemberg e. V., Druck: Offizin Scheufele Druck und Medien GmbH & Co. KG, Drucktechnik: Offsetdruck, Deutschland, © Steffen Knöll, Antonia Terhedebrügge/100 Beste Plakate e.V.

Kohle, Evolution & der Westen



Franz-Josef Bruggemeier GRUBENGOLD

Lange stand die Kohle für Fortschritt und Wohlstand. Ohne die Kohle wäre die Industrielle Revolution nicht möglich gewesen. Mit ihrer Hilfe erreichten die europäischen Gesellschaften ein zuvor ungeahntes Entwicklungsniveau.

Doch schließlich läuteten die Umweltbelastungen durch die Steinkohleförderung den Anfang vom Ende des wichtigsten fossilen Energieträgers in der Geschichte der Menschheit ein.
C. H. Beck, 456 Seiten, 30,80 Euro



Stefan Weidner JENSEITS DES WESTENS

Fortschritt, Säkularisierung, Liberalismus: Warum sollten diese Prinzipien unserer Ideengeschichte für den ganzen Globus gelten? Stefan Weidner ist ein Anhänger der Aufklärung. Gerade deshalb plädiert er dafür, Weltentwürfe aus Arabien, Afrika oder China ernst zu nehmen. Der Westen darf nicht glauben, die ganze Welt werde früher oder später seine Vorstellungen übernehmen.

HANSER, 368 Seiten, 24,70 Euro



Steven Levitsky, Daniel Ziblatt WIE DEMOKRATIEN STERBEN

Das Dahinsiechen einer Demokratie ist gefährlich, weil die Bürger meist erst aufwachen, wenn es zu spät ist. Mit Blick auf die USA, Lateinamerika und Europa zeigen die beiden Politologen Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, woran wir erkennen,

dass demokratische Institutionen und Prozesse ausgehöhlt werden. Und sie sagen, an welchen Punkten wir eingreifen können.

DVA, 320 Seiten, 22,70 Euro



Roberto Simanowski STUMME MEDIEN

Der digitale Wandel der Gesellschaft wird von PolitikerInnen und Unternehmern diskussionslos durchgewunken und vorangetrieben. Roberto Simanowski plädiert in seiner Streitschrift für eine

neue Medienbildung, die kritisch operiert statt affirmativ. Im Zentrum der Bildung muss stehen, wie die neuen Medien unser Leben und unsere Weltwahrnehmung ändern.

MATTHES & SEITZ, 304 Seiten, 24,70 Euro



Jonathan B. Losos GLÜCKSFALL MENSCH

Konnte die Evolution gar nicht anders, musste sie als Krone der Schöpfung den Menschen hervorbringen? Oder würden heute Dinosaurier über die Welt herrschen, wenn vor 66 Millionen Jahren kein Asteroid auf der Erde eingeschlagen wäre? Auf einer Reise um den Globus

lehrt uns Losos, dass die Evolution nicht würfelt.

HANSER, 384 Seiten, 26,80 Euro



Paolo Rumiz DIE SEELE DES FLUSSES

Der Po, eine unbekannte Welt, ein Abenteuer – Paolo Rumiz hat ihn zu Wasser erkundet: mit Kanu, Barke, Segelboot, von den Gebirgen des Piemont bis zur Mündung ins Adriatische Meer. Den selbsternannten Argonauten rund um Rumiz erschließt sich eine Welt ungeahnter Freiheiten. Wo oben, hinter dem Damm, der Verkehr tost, regiert auf dem Wasser die Stille, nur die Stimme des Flusses spricht.

FOLIO, 319 Seiten, 24,00 Euro

Gott, Helden & Snooker



Ralf Rothmanns
DER GOTT JENES SOMMER

Anfang 1945 muss die zwölfjährige Luisa Norff mit ihrer Mutter und der älteren Schwester aus dem bombardierten Kiel auf das Gut ihres Schwagers Vinzent, eines SS-Offiziers, fliehen. Der Roman ist die Geschichte von Verblendung und

Denunziation in den letzten Monaten eines Krieges, der jedem für immer die Seele verdunkelt und schon eine Zwölfjährige mit Recht sagen lässt: »Ich hab alles erlebt.«

SUHRKAMP, 254 Seiten, 22,70 Euro



Waguih Ghali
SNOOKER IN KAIRO

Es geht um Ram und seinen Freund Font, ihre Familien und Freunde, und um seine Liebe zur Jüdin Edna. Ram und Font stammen aus der ägyptischen Oberschicht, es ist das Kairo der 1950er-Jahre. Sie sind eher europäisch, aber nicht

arabisch geprägt und schon gar nicht religiös. Die jungen Leute verachten die dekadente Schicht, aus der sie kommen, und bleiben doch gefangen in ihren Annehmlichkeiten.

C. H. BECK, 256 Seiten, 22,70 Euro



Alexander Schimmelbusch
HOCHDEUTSCHLAND

Victor kann sein albernes Siegedasein als erfolgreicher Investmentbanker schon lange nicht mehr ernst nehmen. Alle Versuche, sich zu verlieben, scheinen ebenso zum Scheitern verdammt zu sein, wie es seine Ehe war. Er ist ein Produkt

der marktorientierten deutschen Gesellschaft und dieselben Fähigkeiten, auf denen sein Erfolg in diesem System basiert, weisen ihm jetzt den Ausweg.

TROPEN, 214 Seiten, 20,60 Euro



Milena Michiko Flasar
HERR KATO SPIELT FAMILIE

Die Tage dehnen sich, und zugleich schnurrt die Zeit zusammen. Die Uhr läuft ab, dabei könnte es gerade erst losgehen. Ob ein kleiner weißer Spitz daran etwas ändern würde? Den ehemaligen Kollegen hat er immer beneidet.

Um den Ruhestand, das Motorrad und die neue Freiheit. Doch jetzt steht er selbst frisch verrentet auf den bemoosten Treppen vor seinem Haus und weiß nicht wohin.

WAGENBACH, 169 Seiten, 20,60 Euro

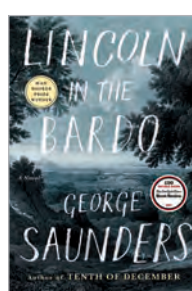


Arthur Isarin
BLASSE HELDEN

Anton hofft zu Beginn der 1990er-Jahre in Moskau jene Freiheit zu finden, die er im Westen vermisst. Engagiert wird der 32-jährige Deutsche von einem Rohstoffhändler, der für seine riskanten Geschäfte in der rapide zerfallenden So-

wjetunion einen zuverlässigen Mann braucht. Anton führt als »blasser Held« ein bizarres Leben bis sein lustvoller Gleitflug endet jäh, als Putin die politische Szene betritt.

KNAUS, 320 Seiten, 22,70 Euro



George Saunders
LINCOLN IM BARDO

Während des amerikanischen Bürgerkriegs stirbt Präsident Lincolns geliebter Sohn Willie mit elf Jahren. Laut Zeitungsberichten suchte der trauernde Vater allein das Grabmal auf, um seinen Sohn noch einmal in den Armen zu halten.

George Saunders erzählt eine Geschichte über Liebe und Verlust, die eine große Frage mündet: Warum lieben wir überhaupt, wenn wir doch wissen, dass alles zu Ende gehen muss?

LUCHTERHAND, 445 Seiten, 25,70 Euro

Stefan Sagmeister
The Happy Show

Museum für Gestaltung
im Toni-Areal

28.10.2017
11.3.2018



Grafik: Erich Brechbühl, The Happy Show, Auftraggeber: Museum für Gestaltung Zürich, Druck: Serigraphie Uldry AG, Drucktechnik: Siebdruck, Schweiz, © Erich Brechbühl/100 Beste Plakate e.V.

100 BESTE PLAKATE 2017

MAK WIEN



Atelier: Studio Flux, Grafik: Nils Braun, shnit Worldwide Shortfilmfestival, Auftraggeber: shnit Worldwide Shortfilmfestival, Druck: Serigraphie Uldry AG, Drucktechnik: Siebdruck, Schweiz, © Nils Braun/100 Beste Plakate e.V.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: